

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 A, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Freitag, den 26. März 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Arbeiterschutzgesetzgebung in Rußland.

„Im Gegensatz zu anderen Ländern ist die Arbeiterschutzgesetzgebung in Rußland nicht in Folge von Arbeiterbewegungen entstanden, sondern hat ihren Ursprung und ihre Entwicklung einzig und allein der Emsicht und Fürsorge der gesetzgebenden Gewalt zu verdanken. Die Regulierung war stets bemüht, allen Bedürfnissen, welche die Entwicklung der Industrie mit sich bringt, vorzuziehen und somit den Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu verhindern. Daher auch die besondere Stellung der russischen Gesetzgebung der Arbeitsinstitution, gegenüber. . . . Das russische Gesetz betrachtet die Arbeitsinstitution als strafbare Handlung.“ So erzählt ein Herr Dr. G. N. Rosenbergs in einem Buche „Zur Arbeiterschutzgesetzgebung in Rußland“, welches im Verlage von Duncker u. Humblot erschienen und dem russischen Finanzminister Witte „ehrforchtvoll gewidmet“ ist. Die Widmung ist sehr angebracht: So gut wie Herr Witte allem Welt blauen Dunst über die russischen Finanzen vormacht, verflucht Herr Rosenbergs das über die „Arbeiterschutzgesetzgebung“ zu thun.

„Zens“ „Vorgreifen“ der russischen Regierung, durch welche sie den Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeiter verhindert“, beruht darauf, daß sie den Arbeiter, an Händen und Füßen gefesselt, der Uebermacht des Kapitals ausliefert. Der diebstahlartige Paragraph im Strafgesetzbuch sagt: „Bei Einstellung der Arbeit in einer Fabrik in Folge eines Streikes, mit der Absicht, den Fabrikbesitzer zu zwingen, den Lohn zu erhöhen oder andere Bedingungen der Verbindung zu ändern, bevor der Verbindungsstermin abgelaufen ist, werden die Schuldigen bestraft: die Anführer mit Gefängnis von 4 bis 8 Monaten, die Theilnehmer mit Gefängnis von 2 bis 4 Monaten“ u. s. w. Dazu kommt aber noch, was Herr Rosenbergs verschweigt, daß in der Regel die Prozesse gegen die „Anführer“ in Streiks nicht vor den öffentlichen Strafgerichten verhandelt werden, sondern daß die Gendarmen, die verächtliche „dritte Abtheilung“, die Sache in die Hand nimmt und in aller Stille die „Verbrecher“, welche sich nicht bis aufs Blut auslassen lassen wollen, für 2-5 Jahre in den Gefängnissen verschwinden läßt. Außerdem ist es ja bekannt, wie die Polizei mit den Streikenden umspringt: dieselben werden, wenn es irgend angeht, d. h., wenn die Bewegung nicht kolossale Dimensionen angenommen hat, einfach „auf administrativem Wege verschickt“, gewöhnlich in ihre Heimathsgemeinde, oder einen beliebigen Ort ohne Industrie per Schub befördert und unter Polizeiaufsicht gestellt. Welche horrenden Vergewaltigungen dabei vorkommen, läßt sich denken.

Für Leute vom Schlage des Herrn Dr. Rosenbergs ist natürlich Alles eitel Gerechtigkeit und Recht. Er erzählt uns nämlich, daß auch ein anderer Paragraph besteht, welcher besagt: „Der Verwalter einer Fabrik, welcher sich Gesetzesübertretungen schuldig gemacht hat, die in den Fabriken einen Aufstand der Arbeiter, verbunden mit Vergehen gegen die allgemeine Ruhe und Ordnung, hervorgerufen haben, wird, wenn zur Unterdrückung die Unruhe außerordentliche Maßnahmen notwendig werden, mit Arrest bis zu 3 Monaten bestraft.“ Man bedenke diese „Strenge“ im Vergleich mit den jahrelangen Kerkerstrafen der „Anführer“ der Arbeiter. Und doch hat ein solcher Skribisaf die Stirn, zu behaupten: „Die Strenge gegen den Arbeitgeber bedingt auch jenes strenge Vorgehen gegen die Theilnehmer an einem Arbeiterstreik.“ Dazu kommt aber, daß der letztzitierte Paragraph niemals, aber auch nicht ein einziges Mal zur Anwendung gekommen ist! Es sind Fälle bekannt, wo Fabrikdirektoren 13jährige Arbeiterinnen vergewaltigten, weshalb die ganze Arbeiterschaft sich weigerte, zu arbeiten, so lange der saubere Cujon in Stellung bliebe, und doch wurden die Arbeiter bestraft, nicht aber der Verbrecher. Es ist dies auch nur zu begreiflich, wenn man weiß, wie in Rußland Gesetze gehandhabt werden. Jedenfalls aber charakterisirt jener Streikparagraph ausgezeichnet den Geist der russischen „Arbeiterschutzgesetzgebung“.

Was das Entstehen dieser Gesetzgebung betrifft, so ist die Behauptung des ehrfurchtsvollen Verehrers des Herrn Witte ebenso handgreifliche Unwahrheit. Den Anstoß zu

den jämmerlich kleinen Schutzvorschriften gaben jedesmal Ausschüßche der Verzweiflung bei den gemütheten Arbeitern, und höchstens war der Wunsch, der Entartung der Bevölkerung durch die Fabrikarbeit, welche das Kanonenfutter veredelte, entgegenzuwirken, ein unmittelbarer Grund dafür, . . . denn es war so weit gekommen, daß in den Industriestädten die Zahl der Militäruntauglichen 74 pCt. der Wehrpflichtigen betrug. Und was enthält nun dieser „Arbeiterschutz“?

„An Bezug auf die Kinderarbeit: Kinder unter 12 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden, Kinder im Alter von 12-15 Jahren können 8 Stunden beschäftigt werden, wobei nur die thätigste Arbeitszeit mit Rücksicht der Pausen in Betracht kommt. Nachtarbeit der Kinder unter 15 Jahren ist untersagt, wobei als „Nacht“ die Zeit zwischen 9 Uhr Abends und 5 Uhr Morgens gilt; dem Ministerium steht es frei, in gebührenden Fällen die Arbeit von Kindern bis zum 15. Jahre zu verbieten. In Fabriken mit ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit dürfen Arbeiter unter 17 Jahren in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens nicht beschäftigt werden.“

„An Bezug auf die Frauenarbeit: die Nachtarbeit in der Zeit von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens ist in der Textilindustrie verboten, nicht aber in anderen Industrien. Außerdem besteht ein Verbot der Beschäftigung von Frauen in den Bergwerken unter Tage. Aber selbst in der Textilindustrie darf die Frau arbeiten, wenn das Familienoberhaupt in derselben Fabrik arbeitet. Man will eben die „Moral“ schützen, die Gesundheit kann der Teufel holen.“

„An Bezug auf Unfallverhütung bestehen fast gar keine allgemeinen Vorschriften. Es hängt hier alles von der Energie und Einsicht der Industriellen ab. Ein Haftpflichtgesetz gibt es nicht. Der Arbeiter kann nur auf Grund des Zivilrechtes, welches aber höchst ungünstig für ihn ist, sein Recht fordern, wobei man noch zu beachten hat, daß es sich um russische Gerichte mit bestechlichen Richtern und einer unglaublich schwerfälligen und kostspieligen Prozeßordnung handelt.“

„In Strafen wurde bis vor Kurzem in den russischen Fabriken geradezu horrendes geleistet. Erst die Bestimmung, daß alle Strafen in eine besondere Klasse stellen müssen und nur für Einrichtungen zu Gunsten der Arbeiter verwendet werden dürfen, hat die schreiendsten Mißbräuche beseitigt, doch ist immer noch der Willkür Thor und Thor geöffnet.“

„Ein Gesetz gegen das Trucksystem besteht zwar, doch scheint dasselbe nur dazu da zu sein, um umgangen zu werden.“

„Einige Bestimmungen über Arbeiterwohnungen und Errichtung von Spitälern und Schulen sind zum größten Theil auch mehr dazu da, das „öffentliche Gewissen“ zu beruhigen, als den Arbeitern und ihren Kindern zu nützen.“

Kurz und gut: die bestehenden gesetzlichen Vorschriften sind so mangelhaft, als sie nur irgend sein können. Das einzige, was segensreich war, die Einsetzung von Fabrikinspektoren, ist dadurch verhunzt worden, daß die Berichte derselben nur alle zwei Jahre veröffentlicht werden. Man beeilte sich, den Schleier wieder umzuhängen, denn das, was veröffentlicht wurde, zeigte von entsetzlichen Zuständen. Dabei ist es durchaus nicht das Verdienst der Regierung, wenn das Institut der Fabrikinspektoren segensreich wirkt, denn die gesetzlichen Bestimmungen sind so unbestimmt, daß alles von der Persönlichkeit der Herren Inspektoren abhängt. Zum Glück fanden sich einige Männer, welche ihre Aufgabe hochherzig erfaßten und durchführten, nicht ohne schwere Kämpfe nicht nur gegen die Fabrikanten, sondern auch gegen die korrupten künftlichen Bureaucratie. Als solche nennen wir die Herren Janschul und Swiatkowski. Leider aber giebt es, wie das bei dem herrschenden System nicht anders möglich, auch unter den Fabrikinspektoren Lumpen, welche der Befechung zugänglich sind.

So steht es mit der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Trotzdem wagt es ein Herr Rosenbergs, zu schreiben: „Durch diesen Grundstein zur sozialen Gesetzgebung hat Alexander III. das Fundament für sein Ruhmesdenkmal im Andenken der Menschheit gelegt.“ Das Arbeiterblut, welches unter der Regierung dieses Barbaren geflossen, zeugt gegen ihn.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Unser Parteigenosse v. Bismarck unterzog sich am Dienstag in Berlin einer Operation, wobei es sich um die Entfernung der Kugel handelte, die er seit 26 Jahren mit sich herumtrug und deren Sitz erst durch die Anwesenheit der Röntgenstrahlen ermittelt werden konnte. Zur Ausschneiden der Kugel, die in dem einen Hüfte lag, ist schwieriger gewesen als vorher angenommen worden war, weil das Gefäß mehrfach verknüpft und gekniet war und schon infolge dessen sehr fest lag. Dr. Hertel, Oberarzt am Militärkrankenhaus, führte indessen die Operation glücklich durch. Die Heilung der ziemlich großen Wunde wird einige Zeit beanspruchen, indessen hofft Genosse v. Bismarck, bald wieder im Reichstag erscheinen zu können.

„Ein neues Kaiserwort.“ Beim Empfange der Abordnung der den Fackelzug darbringenden Studentenschaft begrüßte, nach Meldung Berliner Zeitungen, der Kaiser dieselbe mit folgenden Worten: „Meine Herren! Ich danke Ihnen herzlich für die Ueberraschung, die Sie mir bereitet haben. Sorgen Sie dafür, daß das, was der alte Herr Ihnen vermachte hat, stets treu bewahrt werde. Sorgen Sie vor Allem auch dafür, daß im Volke nicht so genörgelt wird, wie es jetzt leider so viel der Fall ist.“

Die Marinekrise ist noch nicht zu Ende. Das Votum des Reichstages vom Sonnabend ist noch nicht die endgültige Entscheidung gewesen. In parlamentarischen Kreisen besteht nun kein Zweifel darüber, daß das entscheidende Votum des Reichstages vom Sonnabend über den Marinetat nicht unmittelbar politische Folgen haben wird. Es werden aber Stimmen laut, die glauben machen wollen, daß sich eine Nachwirkung jetzt nach der Zentrumsfeier herausstellen werde. Außerdem zirkuliren Gerüchte, daß die Regierung Mittel und Wege finden werde, die Kreuzer doch noch zu bekommen. Diesen Mittheilungen stellen wir eine Aeußerung des „Samb. Corresp.“ zur Seite. Derselbe oft offiziös bedienten Organe wird ebenfalls gerabazu versichert: mit dem Beschlusse des Reichstages vom Sonnabend sei die Marinekrise nicht erledigt. Dana heißt es: „Im Reichsmarineamt herrscht die größte Ungewißheit über die kommenden Dinge; über das Abschiedsgesuch des Admirals Hollmann soll — so wird entgegen anderen Meldungen behauptet — noch keine Entscheidung getroffen sein. Dagegen wird von Personen, die im Reichskanzlerpalais verkehren, versichert, daß man dort die Krise als abgeschlossen ansieht; die Beschlüsse des Reichstages sollen einfach angenommen werden. Da nun der Admiral Hollmann erklärt hat, daß er nach diesen Beschlüssen die Geschäfte des Reichsmarineamts nicht mehr führen könne und darauf sein Abschiedsgesuch begründet hat, so läßt sich schwer absehen, wie es nun mit seiner Angelegenheit werden wird. Wir unfererseits quälen uns um die Person Hollmanns allerdings wenig. Aber diese angebliche Ungewißheit im Reichsmarineamt deutet jedenfalls zunächst nicht auf Sonnenschein. Aber wann wäre für das steuerzahlende Volk aus dieser Behörde jemals Sonnenschein gekommen?“

Als „das Scherlein der armen Wittwe“ bezeichnet die „Kreuztg.“ die Bereitwilligkeit der Konservativen, für die neuen Flottenpläne zu stimmen; die Landwirtschaft habe eigentlich nichts zu geben. Richtiger wäre es, von einer Wurst zu sprechen, welche die Agrarier nach der Speckseite zu werfen suchen.

Die ultramontane „Germania“ richtet an die Mitglieder der Centrumsfraktion die Aufforderung, bei der dritten Lesung des Marine-Etats im Reichstage vollzählig zu erscheinen, damit die Majorität gegen die Kreuzerforderungen noch ansehnlicher werde als bei der zweiten Lesung. Ein Berliner Blatt hatte bekanntlich die Nachricht verbreitet, in der Centrumsfraktionsführung vom Freitag Abend sei es zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen, ein Theil der Centrumsfraktion sei durch den Abgeordneten Prinz Arenberg unter Hinweis auf die Stimmchen Mittheilungen über Aeußerungen des Kaisers „scharf gemacht“ worden und gewillt gewesen, für die Bewilligung der Kreuzer zu stimmen. Die „Germania“ erklärt die ganze Nachricht für erfunden und fügt hinzu: „Das Centrum ist in dieser Frage so einig und geschlossen, wie wir es nicht besser wünschen könnten, und es wird kein Centrumsmitglied geben, das nicht bei der gegenwärtigen Lage der Dinge von der

Ueberzeugung durchdrungen ist, daß es die eigene Ehre zu wahren verpflichtet ist, indem es zugleich das Ansehen und die Würde des Reichstags als der konstitutionellen Vertretung des deutschen Volkes wahr."

In der Frage der polizeilichen Auflösung von Wählervereinigungen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache scheint die Regierung von ihrer neuerdings befolgten Praxis wieder abgehen zu wollen. Entgegen einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts wurden in letzter Zeit zahlreiche polnische Wählervereinigungen aufgelöst, weil der überwiegende Beamte den Verhandlungen nicht folgen konnte. Die Regierung hoffte, daß das Oberverwaltungsgericht bei nochmaliger Prüfung der Sache von seiner früheren Entscheidung zurückkommen werde. Nun bringt, wie man aus Danzig meldet, ein dort erscheinendes Blatt die Nachricht, daß der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Herr von Gohler, auf die Beschwerde des polnischen Kreiswahlkomitees zu Schwes den Landrath dieses Kreises angewiesen habe, die Wählervereinigungen nur wegen Gebrauchs der polnischen Sprache für die Folge nicht mehr aufzulösen. Findet diese Nachricht ihre Bestätigung, dann dürfte damit die Interpellation, welche die polnische Fraktion des Reichstags über diesen Gegenstand an den Reichskanzler gerichtet hat, als erledigt gelten.

Putny. Die juristische Fakultät der Universität Greifswald hat den Oberpräsidenten der Provinz Pommern, früheren Staatsminister sozialistengesetzlichen Andensens v. Puttkammer zum Ehren-Doktor der Rechte promovirt. Durch welche Verdienste sich der ehemalige Polizeiminister gerade den Anspruch auf diese Ehrung, auf den Titel eines Doktors der Rechte erworben hat, ist uns völlig schleierhaft.

Mit dem Landungsgepenst hat man während der Verhandlungen über die Marine im Reichstage die öffentliche Meinung zu schrecken gesucht. Die „Frankf. Zig.“ entnimmt dem Werk des General von Blume über „Strategie“ jetzt eine Darstellung der besonderen Schwierigkeiten, welchen jede Landung ausgesetzt sein würde. Für den Transport eines Armeekorps von rund 35 000 Mann mit Pferden, Munition, Wagen u. s. w. würden 50 der größten Transportschiffe der Handelsmarine erforderlich sein. Die großen Kriegsdampfer sind schon wegen ihres bedeutenden Tiefganges und der daraus folgenden Erschwerung der Einschiffung und Ausschiffung von Truppen zum Transport nicht geeignet. Auch abgesehen von Gegenmaßnahmen des Feindes unterliegt jede Landung den größten Schwierigkeiten bei der Ausschiffung, welche für die Truppen und ihre Pferde und das Material mittels flacher Boote, Flöße und Prahme bewerkstelligt werden muß. Nur an wenigen Küsten und auch an diesen nur bei günstiger Witterung und vorzüglicher Vorbereitung kann eine Landung in 48 Stunden überhaupt bewerkstelligt werden. Dazu kommen nun noch die besonderen Erschwerungen, welche die Beschaffenheit der deutschen Küsten mit sich bringt. Blume urtheilt überhaupt über den militärischen Werth der Landungen wie folgt: „In entscheidenden Operationen kann eine Landung an der Küste in der Regel nur im Kriegsgegenstand einen Staat von geringer militärischer Widerstandsfähigkeit führen. In den Kriegen zwischen modernen Großstaaten werden Unternehmungen von der Seeseite stets nur die Bedeutung von Nebenhandlungen haben, und auch als solche haben sie an Aussicht auf Erfolg sehr verloren.“ Weiter sagt Blume gerade in Bezug auf Deutschland: „Wenige, an geeigneten Eisenbahnpunkten bereit gehaltene Divisionen sichern gegenwärtig ein Invasion von der Seeseite.“

In der Reichstags-Kommission für das Auswanderungsgesetz Vorsitzender Abg. v. Cuny, Stellvertreter v. Reher, Schriftführer Cegielski und Hilgendorf. Außer den gehören der Kommission an die Abgg. Dr. Haffe, Zebian (natl.), Frese (fr. Bg.), Ghni (d. Bp.), Reichmuth, Müller-Harburg (Rp.), Graf Carmer, v. Reisch-Kühn (kons.), Dr. Förster-Neustettin (Antis.), Prinz Arenberg, Graf Galen, Dr. Lieber, Lingens, Radbyl, Wallenborn (Centr.), Gerisch, Meßger (Soz.).

Millionen verschlungen hat der Centenarfeier-Trübel. Verschwendet sind sie, um einen tothen Fürsten zu vergöttern. Demgegenüber ist es doppelt schmerzvoll, daß der Bettelsack umgehen muß, damit den darben den Invaliden, die ihr Blut und ihre Gesundheit für die neue nationale Herrlichkeit geopfert haben, Hilfe gewährt werden kann. In der Stummischen „Post“ lesen wir:

„Zum Besten der bedürftigen Veteranen ist in einem Aufruf vom 30. Januar cr. in der „Post“ von Herrn Direktor Eichmann angeregt worden, es möchten sich aus Anlaß der Hundertjahrfeier über ganz Preußen und Deutschland hin überall Einzelkomitees bilden zur Sammlung von lokalen, selbstständigen Fonds, bestimmt, aus ihren Zinsen alljährlich zur Wiederkehr des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. ein, wenn auch bescheidenes Ehrengeld den bedürftigen seiner alten Soldaten zu gewähren. Für den Gemeindebezirk Berlin W.-Wilmersdorf ist dieser Gedanke nunmehr zur That geworden. An weite Kreise wird ein in Berlin unter dem Vorsitz Sr. Excellenz des Generals der Infanterie von Strubberg in der Bildung begriffenes größeres Komitee sich demnächst mit der Bitte um ein gleiches Vorgehen wenden.“

Kann eine heißere und zugleich für die deutsche Nation schmachvollere Satire erfunden werden, als sie aus der Gegenüberstellung der pomphaften Feste und der darben den Invaliden sich ergibt?!

Auch ein Beitrag zur Zentenarfeier. Zu den Begeisterten unter den Begeisterten bei der nun glücklich überstandenen Jubelfeier gehören die Nationalliberalen und ihre Presse. Angesichts dieser Ueberschwinglichkeit, welche sich in trauter Eintracht mit der schönsten Denunziationslust gegen alle, welche dem Jubelfeier nicht verfallen sind, befindet, erscheint es nicht unangebracht, gerade diese Nationalliberalen an eine Zeit zu erinnern, in der sie über den heute so maßlos verehrten Kaiser und seinen damaligen Minister, den späteren Kaiser von Bismarck etwas anders dachten. Vor uns, schreibt der „Vorwärts“, liegt die Nummer 174 der „Wochenschrift des Nationalvereins“ vom 27. Aug. 1863, des offiziellen Organs desselben Nationalvereins, an dessen Spitze Herr v. Bennigsen als Präsident stand und aus dem die national-liberale Partei herausgewachsen ist.

In dieser Nummer des offiziellen Partei-Organs befindet sich in einem Artikel, der sich mit der fünfzigjährigen Gedächtnisfeier der Volkshebung von 1813 befaßt, folgendes Urtheil über König Wilhelm und seinen Minister v. Bismarck:

„Das Jubelfahr der Erhebung des preussischen Volkes ist wahrlich nicht dazu angethan, in Preußen als Festzeit gefeiert zu werden. Während uns ein Blick auf die Geschichte des Jahres 1813 einen König zeigt, der von der Macht der das ganze Volk bewegenden Ideen selbst mit fortgerissen, sich wenigstens auf einige Zeit rücksichtslos seinem Volke hingab; am Ende des Staates geistvolle und von aufopfernder Liebe zum Vaterlande erfüllte Staatsmänner, die Großes geschaffen hatten und Großes wollten, endlich ein Volk, das opfermüthig und freimüthig freudig Gut und Blut einsetzte für König und Vaterland, bietet sich uns jetzt das entgegengesetzte Schauspiel. Der König ist seinem Volke — Dank den Rathschlägen seiner Hülflinge — völlig entfremdet, mehr, als vor ihm ein preussischer Fürst, ja, er hat, um seinen Eigennutzen gegen den geleglich kund gegebenen Willen des Volkes durchzusetzen, sich nicht gehet, gegen die klaren Bestimmungen der Verfassung mit seiner persönlichen Verantwortlichkeit für gewisse folgenschwere Staatsakte einzutreten und weist jetzt jede Bitte, jede Mahnung ungehört ab.“

Am Ende des Staates sitzen Männer, die den Namen „Staatsmann“ in Vernein bringen würden, wenn sie ihn für sich in Anspruch nehmen könnten, theilweise Maschinen, die sich ohne eigenen Willen zu bewegen, wie ihnen das vorgeschrieben wird, theilweise politische Aventureure, die ohne ein Verständniß für das, was ihnen obliegt, von der Hand in den Mund leben, und deren Größe höchstens in ihrer Gewissenlosigkeit und ihrer Keckheit beruht. Und diesen sieht das Volk gegenüber, nicht zur Seite und nicht die Hände in den Taschen, den Kopf zugeknüpft, theils mit stillem Hohn, theils mit bitterem Schmerz, zu, wie ein Staat eintritt wird, der nach vor kurzer Zeit ein beneideter war; sieht dem Wanken der zerfallenden Mächte zu mit demselben Gefühl, mit dem seine Väter den französischen Eroberer betrachteten dessen gewaltige Faust riesenschwer auf ihrem Nacken lag. Haßt doch die jetzt mächtige Partei wie eine Garde fremder Eroberer im preussischen Lande und führt, ohnmächtig, neues zu schaffen, Schlag auf Schlag gegen Volk, Verfassung, öffentliche Moral, persönliche Freiheit und Privatvermögen, und setzt die Freiheit im eigenen Lande vernichtend, nach außen hin sich Wüthe auf Wüthe gebend, alles auf das Spiel, wofür sich 1813 das Volk erhoben hatte, selbst die Existenz des preussischen Staates.“

Köln. Das Urtheil in der am 17. d. M. verhandelten Beleidigungsklage gegen den Chefredakteur der „Kölnischen Volkszeitung“, Dr. Carbaum, aus Anlaß eines Artikels, welcher das Koke-Schraden-Duell zum Gegenstand hat, wurde Mittwoch verurtheilt. Dasselbe lautet auf 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängniß wegen Beleidigung des Oberstaatsanwalts Dreßler und der Staatsanwälte Meine und Böttcher vom Landgericht Berlin I. Die „Kölnische Volkszeitung“ hatte der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, daß sie das Duell nicht verhindert habe, obwohl sie darum wußte. Das geringe Strafmaß beweist, daß die Vorwürfe des katholischen Blattes vom Gericht nicht für ganz unbegründet gehalten worden sein können.

Italien.

Ueber die Wahlen geht dem „Vorwärts“ die folgende Privat-Depeche zu:

Rom, den 23. März, 4 Uhr 52 Minuten. Die 15 gewählten Genossen sind: Turati (Mailand), Mofri (Turin), Agnini (Mirandola), Bertesi (Capri), Sichel (Gastalla), Ferrri (Gonzaga), Pescetti (Florenz), Prampolini (Reggio Emilia), Badoloni (Badia Polesina), Bissolati (Cesena), Satti (Ostiglia), Costa (Smola), Veronini (Borga San Domino), de Marinis (Salerno), Morgari (Vudrio). — In die Stichwahl gelangen: Cicloti (Mailand), Terrutti (Turin), Maironi (Bergamo), Podrecca (Albani), Rossi (Porto Maurizio), Vigna (Vignale) und Erboglio (Alessandria). — Die Stimmenzahl übersteigt 100 000.

Die italienische Regierung ist über die Wahlsiege und die hohe Stimmenzahl unserer Partei ganz niedergeschlagen und weiß darauf keine Antwort als die berühmte bismarckische:

„Ausnahmefälle gegen die Sozialdemokratie.“ Auch unsere italienischen Genossen haben bewiesen, daß diese Regierungswisheit nur das raschere Wachsthum des Sozialismus garantirt.

Die Leitung der deutschen sozialdemokratischen Partei hat an die italienische Bruderpartei folgende Depeche abgesandt:

Genossen, italienische Brüder! Namens des sozialistischen Deutschlands senden wir Euch herzliche Anerkennung und Glückwünsche. Wir wußten, daß ihr Eure Pflicht thut und würdet, aber was Ihr leistet, übersteigt unsere Erwartungen. Der Sozialismus, der unsere Brüder in Oesterreich in Kampf und Sieg führte, verdoppelte Eure Kräfte und er wird Euch weiter führen von Erfolg zu Erfolg bis zum endlichen sicheren Siege!

Hoch der internationale Sozialismus!
Auer. Bebel. Liebknecht. Meißner. Singer.

Rußland.

Einführung des metrischen Maßes? Es ist eine Kommission ernannt worden zur Revision der bestehenden Gesetze über die Maße und Gewichte. Dieselbe hat ihre Arbeiten Mitte Februar begonnen. Es dürfte vorerst fakultativ das metrische System eingeführt werden.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübener Volkshoten“)

Berlin, 24. März.

197. Sitzung.

Präsident v. Houel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesrathsrath: Pollmann, Graf v. Posadowsky, zunächst wird ein schneller Antrag Winterer (Soz.) auf Einstellung eines Verfahrens gegen das Mitglied des Reichstages Dr. Simonis einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Ordinarius des Marine-Gesetz.

Der Titel „Staatssekretär“ kommt Herrbert (Soz.) auf das Strafverfahren wegen des Unglücks auf der „Brandenburg“ zurück. Er äußert sein Vernehmen darüber, daß die Staatsanwaltschaft in Stettin, welche gegen Sozialdemokraten wegen groben Unfalls und aller möglichen Dinge vorgehe, nicht gegen die Konstrukteure strafrechtlich vorgegangen sei und man sozusagen nur die „Akteure“ geahndet habe. Er möchte die Marineverwaltung bitten, die Vandalenpflichtung scharfer zu handhaben. Er frage, ob der Vulkan schadenersatzpflichtig gemacht worden sei.

Kapitän Büchel erwidert, der Vau auf Privatwerken werde von der Verwaltung als Vertrauenssache behandelt; es sei nicht möglich, jede Einzelheit zu überwachen. Die betreffende Gesellschaft habe für die gute Ausführung mit ihrem ganzen Privilegium. Die Kalkwasserprobe habe bei der „Brandenburg“ stattgefunden, dabei sei der Fehler nicht erachtet worden. Der Vulkan sei zum Schaden-ersatz herangezogen worden, wegen eines Theiles der Summe schwebt noch ein Prozeß.

Dr. Mense (Soz.) bringt die bekannte Vorkommnisse der Marine-Angehörigen in Wilhelmshaven zur Sprache. Weil sie zu den Lasten der Sozialisten beitragen müssen, haben die Marineoffiziere die Wilhelmshavener Gewerbetreibenden boykottirt.

Ein Regierungskommissar weist darauf hin, daß Wilhelmshaven eine Garnison mit sehr wenig Komfort sei, daß die Offiziere die Schuttschlafen dort doppelt hart empfinden. Die Sache würde mit einem Male aus der Welt geschafft werden, wenn die Sozialisten in kommunal- und städtischen Angelegenheiten, für die bezahlt das Steuerprivileg bestünde. Die Stadt verlange aber bei dieser Umwandlung einen Zuschuß von jährlich 80 000 bis 100 000 Mk., eine Summe, die nicht gezahlt werden könne.

Dr. Lingens (Soz.) — auf der Tribüne fast unverständlich — unterläßt die Anregung des Abg. Dr. Mense.

Frisen (Soz.) giebt anheim, die Sache im preussischen Abgeordnetenhause weiter zu verfolgen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel „Seeforge und Garnison-Schuttschlafen“ wüthet

Dr. Lingens (Soz.) vernichte katholische Seeforge in Cuxhaven und trägt eine Reihe weiterer Wünsche ähnlicher Art vor. Vor allem sei eine angeblichere Sonntagsruhe für die Marinemannschaften erforderlich.

Admiraltätsrath Dr. Berens: In Cuxhaven fehlt es an einer Kapelle für die katholischen Mannschaften. Im nächsten Etat werde ein Posten für den Bau der Kapelle eingelegt werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kapitel 61 — Selbstverpflegung für Marineheile

— rüht Richter (Soz.) die Verwendung von Marinepersonal für Landvertheidigungszwecke. Diese dürften nur vom Landheer wahrgenommen werden. Die Marine-Infanterie werde dadurch mehr und mehr ihrer eigentlichen Verwendung auf den Schiffen entzogen und anstatt ihrer werden Matrosen verwendet. Dieser Mißstand müsse herbeigehoben werden, wenn auch ein bezüglicher Antrag aussichtslos sei.

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel 60 (Instandhaltung der Flotte und Werkstätten) fragt

Meßger (Soz.) an, wie die Marineverwaltung sich zu den kaiserlichen Erlassen vom Februar 1890 verhalte. Der Staatssekretär habe sich darüber noch nicht ausgelassen. In Kiel sei die Entlassung von drei Arbeitern verfügt worden, die von Schülern denunziert waren, vor Beginn der Arbeit an Instandhaltungen vor der Werft theilgenommen zu haben, ohne daß eine nähere Untersuchung eingeleitet worden sei. Im Gegenheil, die Schüler seien angewiesen worden, künftig von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Die Arbeitszeit in der Garnisonwaschanstalt sei von 9 auf 10 und eine halbe Stunde erhöht worden; sogar Frühstück- und Besserpausen seien verboten und ein Werkbefehl begünstige sogar ausdrückliche Denunziationen; wie sei das mit den kaiserlichen Erlassen zusammenzubringen? Die Werfleitung habe es abgelehnt, entlassenen Arbeitern die Gründe ihrer Entlassung mitzutheilen. Eine solche Entlassung sei auf Grund einer Denunziation erfolgt, weil der betreffende Arbeiter für den Hamburger Streik gesammelt habe. Trunkenbolden und Wümmeln wird sieben Mal vergeben, aber ein Arbeiter, der seine Klasseninteressen wahrnimmt, fliegt sofort hinaus. Als das Werftarbeiterkorps an den Ausrückungs-

direktor eine ganz loyale Petition richtete, welche das Aufsuchen der Werftarbeiter in eine höhere Lohnklasse erbat, was durch die Verwendung von Matrosen verhindert werde, wollte der über diese „Freiheit“ erbotene Direktor die Leute anfänglich sämmtlich entlassen, und es bedurfte einer zweiten Petition, in der die Leute in aller Bescheidenheit erklärten, ihr Vorgehen sei durch den früheren Oberwerftdirektor selbst veranlaßt, daß der Herr Ausrückungs- direktor sich zu der Gnade bereit finden ließ, nur drei „Rädelsführer“ zu entlassen. Der Arbeiterausschuß, der doch in den kaiserlichen Erlassen vorgelesen ist, besteht auch auf den Werften, aber wenn er sich zu rühren wagt, so wird er in dieser Weise gemahnt. So fördert eine Musteranstalt, wie es die Werften sein sollten, den sozialen Frieden! Das ist das Wohlthun, welches man freien Arbeitern entgegenbringt, als ob man es mit Niggern zu thun hätte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kontreadmiral Büchel: Die einzelnen Vorgänge sind mir nicht bekannt, da der Herr Vorredner, ehe er die Rede zum Fenster hinausgehalten hat, uns keine Mittheilung davon gemacht hat. (Rufe links: Hier sind keine Fenster!) Aber ohne die Vorgänge im Einzelnen zu kennen, kann ich heute schon erklären, daß sie sich nicht so verhalten haben, wie sie der Vorredner dargestellt hat. (Rachen links.) Der Arbeiter Zimmermann ist entlassen worden, weil er für die freitenden Hafenarbeiter gesammelt hat. Dazu war die Verwaltung berechtigt, denn der Arbeiter hat agirt. (Rachen links.) Abg. Vielhaber: Sehr richtig! Interessant wird der Fall dadurch, daß der Arbeiter Zimmermann das gesammelte Geld für sich verwendet hat. Wenn die Petition nichts Anderes enthalten hat, als der Vorredner hier vorgelesen hat, so halte ich es für gänzlich ausgeschlossen, daß die Arbeiter deshalb entlassen worden sind. Der Werftdirektor ist angewiesen, jedem Arbeiter sein Recht werden zu lassen, es ist ihm sogar die Abhaltung von Sprech-

stunden empfohlen worden.

Wegger (S.) bedauert, daß ihm das Material nicht so zeitig zugegangen sei, daß er es der Kommission hätte übergeben können. Er hält im Uebrigen alle seine ersten Mittheilungen für richtig.

Wielhaben (Antif.) ist erfreut, daß man auf den Werken nützlich gegen die Sozialdemokraten vorgehe. Es seien die meisten Arbeiter Sozialdemokraten, die jeden Nicht-Gewinnungsgegenstand schlecht behandeln. Ich erinnere nur an die Behandlung, welche die Arbeiter des Werkes für den Kaiser einen silbernen Pfeifen gefertigt habe und dafür eine Uhr geschenkt erhalten habe und Arbeiter Lorenzen, der die Vorwürfe gegen die Sozialdemokraten geschrieben habe, zu Theil geworden sei. Die Verwaltung gegen solchen Vorkommnisse nicht eingeschritten, hoffentlich werde das nicht anders. Mit Humanität richte man gegen die Sozialdemokratie nichts aus.

Staatssekretär Hollmann: Im Allgemeinen hat Herr Wielhaben wohl richtig berichtet. Die Vorgänge haben sich außerordentlich gegen die Sozialdemokraten abgepielt. Herr Lorenzen hat in der That eine Zeit lang für sein Leben gefürchtet. Wir haben uns seiner energisch angenommen und ihn auch außerhalb der Werken polizeilich aufpassen lassen.

Nuer (S.) Der Herr Regierungsvertreter hat behauptet, daß ein Arbeiter von der Wilhelmshavener Werft entlassen worden ist, weil er für die Streifen in Hamburg gesammelt hätte, und dabei hinzugesagt, daß dieser Arbeiter zwar gesammelt, das Geld aber nicht abgegeben habe. Eine solche Behauptung sollte ein Mann, der für eine Reichsbehörde spricht, nicht ohne vollständige Beweise aussprechen; er ist nicht korrekt unterrichtet. Wenn Herr Wegger hat mitgeteilt, daß die betreffende Sammelstelle die Unterschrift der Kontrolldire des Sammelwesens trägt. Diese Unterschrift könnte sie nicht tragen, wenn die Gelder nicht abgegeben wären. Von der Loyalität der Herren vom Marineamt darf ich wohl erwarten, daß sie, wenn sie sich von der Richtigkeit dieser Angabe überzeugen haben, ihr Unrecht bekennen und, wie es sich für Ehrenmänner von selbst versteht, es an dieser Stelle wieder gut machen. Nun zu Herrn Wielhaben. Die Fälle die er vorgetragen hat, sind ja nicht neu. Die Presse der gesamten Ordnungsparteien hat ja gewaltig viel Aufhebens davon gemacht. In welcher Weise dies geschah, davon giebt die Rede Wielhabens kein Bild. Ich war überrascht von ihrer außerordentlichen Zähigkeit. Aus der Ordnungspresse klang es ganz anders. Da hieß es: Zwei gut gekleidete Arbeiter seien durch die unerträglichen Verfolgungen ihrer sozialdemokratischen Kollegen weggegraut worden. Der eine — Gehlert — hätte weiter nichts gethan, als seine moralische Gesinnung durch das Geschenk eines selbstverfertigten Kunstwerkes an den Kaiser zu betheiligen, und an die Schilderung des angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus war die Frage gestellt, welchen Eindruck es im Lande machen würde, wenn gut gekleidete Arbeiter der kaiserlichen Werft von Sozialdemokraten brotlos gemacht würden und ohne Schutz blieben. Ich bin mit den Verhältnissen nicht im Einzelnen vertraut und ich bedaure, daß der Vertreter nicht heute nicht anwesend sein könnte, der besser orientirt war. Ich muß aber offen stehen, bei diesen Schilderungen der Ordnungspresse konnte ich mich eines Lächelns nicht erwehren und ich frage Sie, meine Herren, Hand auf's Herz, ist auch nur Einer unter Ihnen, der es wirklich glaubt (Zuruf des Abg. Wielhaben), daß auf kaiserlichen Werken Arbeiter wie Gehlert und Lorenzen so schuldig sind, daß sie von Sozialdemokraten weggegraut werden können? Wenn Sie das glauben können, und es scheint ja so, dann stellen Sie der Werftverwaltung das denkbar schlechteste Zeugniß aus; es ist ja einfach lächerlich; ich will gern zugeben, daß Lorenzen nicht sehr beliebt bei seinen Kollegen war; wer die Schmachdrift kennt, die seinen Namen trägt, aber, wie es heißt, von dem bekannten Peter Schwuchow verfaßt ist, wird das begreiflich finden. Aber bedenken Sie, es soll sich um Vorgänge handeln, die sich auf einer kaiserlichen Werft abgepielt haben, wo die strengste Disziplin herrscht und herrschen muß. Liegt denn nicht in Bremen und giebt es denn auch dort nicht preussische Possen? Und da sollen wir solchen Schilderungen glauben, an denen sich das naive Gemüth des Herrn Wielhaben erfreut? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber es liegt System darin. Sie (zum Abg. Wielhaben) wünschen alle sozialdemokratischen Arbeiter möglichst brotlos zu machen; das werden Sie freilich nicht erreichen, es sind zu viel; ich bestritte also, daß Derartige vorgekommen sind. Sollten aber dergleichen Dinge sich ereignen, dann würden einen solchen Terrorismus auch wenn er von unheimlichen Ausmaßen ausgeht, ich und meine Genossen auf das Allerentsehrteste ablehnen. Die Antisemiten aber, die eine ganze Klasse zu Bürgern zweiter Klasse machen wollen, die den Vorkommnisse in schamloster Weise gebrauchen, sollten nicht von Terrorismus reden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Wielhaben (Antif.) Ich habe mich in Kiel selbst davon überzeugt, daß Lorenzen die Schrift verfaßt hat. Da er aber ein einfacher Arbeiter ist, hat sein Bruder, der Schullehrer in Gildsburg ist, die Schrift überarbeitet. (Mahl bei den Sozialdemokraten.) Prinz Heinrich hat sich jetzt des Mannes angenommen. Sozialdemokratischer Terrorismus kommt beinahe in jeder Werkstatt vor. Hohe Herren aus anderen Gesellschaftskreisen, die als Volontäre arbeiten, zahlen Beiträge für die Parteikasse, um nicht Verdächtigungen ausgesetzt zu sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren Sozialdemokraten behaupten, daß sie Gegner dieses Terrorismus seien, werde ich künftig alle solche Fälle dem Abg. Nuer vortragen. Niemand wird es natürlich nichts. Es ist nie meine Absicht gewesen, sozialdemokratische Arbeiter ans Loch und Brot zu bringen.

Staatssekretär Hollmann: Falls die Angelegenheit Zimmermann nicht richtig ist, soll der Arbeiter hier Beweismittel erhalten. Nach einem Bericht, der mir vorliegt, hat aber Zimmermann selbst angegeben, er habe das Geld nicht abgeliefert.

Nuer (S.) Der Fall Zimmermann wird sich ja auflären. Vielleicht hat Zimmermann gelogen, weil er die Entlassung abwenden wollte. Er steht immer noch höher da in diesem Falle, als die von Herrn Wielhaben erwähnten Volontäre. Was müssen das für feige Burthen sein, die Geld für eine Partei hergeben, die sie bekämpfen. (Sehr richtig! links.) Um solche Parteigenossen kennen wir Sie nicht, Herr Wielhaben. Es wundert uns da nicht, daß die antisemitische Partei so aussieht, wie sie jetzt geworden ist. Wir sind aber nicht so tief gesunken, daß wir es nötig hätten, von solchen Leuten Gelder anzunehmen. (Bravol! links.)

Wielhaben (Antif.) will verbinden, sich mit der von Herrn Nuer herabgesetzten Achtung seiner Person abzusinnen.

Möjike (wildlib.) beklagt auch den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter Andersdenkenden gegenüber. Die Marineverwaltung habe aber keinen Anlaß zum Eingreifen gehabt, da die Dinge, um die es sich hier handelt, außerhalb der Werken vorgekommen sind. Auf die Bethätigung der Gesinnung außerhalb der Werkstätten darf die Verwaltung nicht einwirken. Andererseits halte ich die Entlassung des Arbeiters, der Gelder gesammelt hat innerhalb der Werkstätten, für gerechtfertigt. Von unbegründeten Entlassungen zu reden, sei nicht gerechtfertigt, denn der Arbeitgeber sei gar nicht verpflichtet, die Gründe für eine Entlassung anzugeben. Beim Bierbock hat dieses Recht selbst die sozialdemokratischen Arbeiter anerkannt.

Frhr. v. Stumm (AB.) Die Verwaltung hat sich nicht um die politische Gesinnung der Arbeiter zu kümmern, aber die sozialdemokratische Partei ist auszunehmen. Die Verwaltung braucht nicht die Gesinnung eines jeden Arbeiters auszukundigen, aber wenn die Arbeiter und sogar Werkmeister agitatorisch in sozialdemokratischen Versammlungen auftreten, dann ist es die Pflicht der Marineverwaltung, dagegen einzuschreiten. Die Sozialdemokraten beklagen sich über Entlassungen von den Werken; wenn es nach den Schiffsbauentwerfungen der Sozialdemokraten ginge, würde kein einziger Arbeiter auf den Werken beschäftigt sein.

Staatssekretär Hollmann: Die Marineverwaltung steht vollständig auf dem Standpunkte der preussischen Staatsregierung. Kein Arbeiter wird nach seiner politischen Gesinnung gefragt; beschäftigt er aber öffentlich und agitatorisch sozialdemokratische Gesinnung, wird er entlassen. Seien Sie überzeugt, die Verwaltung weiß genau, was sie zu thun hat. (Heiterkeit.) Von der einen Seite wird uns Terrorismus, von der anderen Schwäche vorgeworfen, das beweist uns, das wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

Börster (Antif.) polemisiert gegen den Abgeordneten Nuer und nimmt den Lorenzen in Schutz. Die platonische Erklärung der Parteiführer gegen den Terrorismus bedeute nichts. Seien sie denn noch Herren der Millionen, die sie mit sozialdemokratischen und theilweise anarchoisistischen Anschauungen erfüllt haben? Wenn den Volontären Freiheit vorgeworfen würde wegen ihrer Beiseite zur Parteikasse, so sei die Feigheit der Sozialdemokraten doch noch viel größer, die den Staat negiren und doch Steuern zahlen.

Nuer (S.): Sowohl die christlich-sozialen wie die kirchlich-demokratischen Arbeiter Kiels haben erklärt, daß sie mit dem betr. Lorenzen nichts zu thun haben wollten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Stumm will, daß überhaupt keine Sozialdemokraten beschäftigt werden. Das ist kennzeichnend dafür, auf welcher Seite der Terrorismus ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten verlangen nicht, daß ihre Anhänger auf den Werken beschäftigt werden; auf den Werken werden Handwerker und Arbeiter als Handwerker und Arbeiter beschäftigt; wenn sie die Arbeitsbedingungen erfüllen, so verlangen wir, daß sie gleichmäßig behandelt werden, unbelämmert, welche politische Anschauung sie sonst haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr v. Stumm aber will keine politischen Gegner unterdrücken. Wir sind entgegengekehrter Meinung. Wenn man wenigstens konsequent wäre, und von denen, die man von allen staatsbürgerlichen Rechten ausschließen will, keine Steuern und Abgaben, auch keine Blutsteuer, verlangen wollte. Wenn wir aber Herrn Börsters guten Rath der Steuererweigerung befolgen wollten, dann, glaube ich, würde Herr v. Stumm aus einer ganz andern Tonart sprechen. Herr Möjike hat gemeint, unsere Parteigenossen folgten uns blindlings. Wir wollen aber keine uns willenslos folgende Masse, wir wollen Anhänger haben, die sollen urtheilen und darnach ihre Entschlüsse fassen. Auch Herr Möjike hat von sozialdemokratischem Terrorismus gesprochen ohne jeden Beweis. So lange er diesen Beweis nicht erbringt, ist seine Behauptung eine Redensart, hinter der nichts steht. Es wäre klug, wenn die Herren hier, die dem Unternehmerstand angehören und einen Stimm zum Kollegen haben, mit solchen Vorwürfen nicht so bei der Hand wären. Erfahren Sie nicht alle Tage, daß den Arbeitern Refektor zur Unterschrift vorgelegt werden, worin sie sich verpflichten, nicht Mitglieder einer Gewerkschaft zu sein? Lesen Sie denn keine Zeitungen oder unterhalten Sie die Stellen? Bei den Hamburger Kohlenarbeitern wird jetzt gerade ein Streik provoziert, weil man den Arbeitern zumutet, auf ein ihnen gesetzlich zustehendes Recht zu verzichten. Herr Möjike fragt, ob wir unseren Standpunkt aufgeben hätten, daß der Unternehmer nicht verpflichtet sei, den Grund für die Entlassung eines Arbeiters anzugeben. Wir stehen heute noch auf demselben Standpunkt. Der Arbeiter ist weder dem Unternehmer, noch umgekehrt der Unternehmer dem Arbeiter eine Erklärung schuldig, weshalb sie auseinandergehen. Von der kaiserlichen Werft aber sind drei Arbeiter entlassen worden, weil sie in einer demüthvollen Petition eine Aenderung der Lohnklasse beantragt haben. Herr Möjike meint, daß der Unternehmer in seinem Betriebe Agitationen nicht zu dulden brauche. Dieses Recht bestreiten wir nicht. Wer aber sagt ihm denn, daß die Unterschriften für die Petition während der Arbeitszeit gesammelt wurden? Sie konnten ja eben so gut in den Pausen gesammelt werden? (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Liebermann v. Sonnenberg: Der Arbeiter Lorenzen hätte mehr geschickt werden sollen. Er gebe zu, daß das Verhalten der Volontäre nicht allzuviel Muth beweise, aber es zeuge auch nicht von Muth auf Seiten der Sozialdemokratie, daß sie bios, wenn sie unter vier Augen sind, sich als Antisemiten bekennen. Sie werden doch nicht bestreiten können, daß unter Ihnen Versicherungen geflossen sind, wie: Es giebt in keiner Partei mehr Antisemiten als bei der Sozialdemokratie. (Lachen links.) Lorenzen ist von dem dieser sozialdemokratischen Organ schwer beleidigt worden, der Redakteur ist verurtheilt worden. Die Sozialdemokraten wußten, daß der Fall Lorenzen hier besprochen werden würde. Sie hatten aber kein Material beigebracht, weil sie sich schamlos füllten. Sie hätten sich besser vorbereiten sollen, meine Herren. Sie hatten ja ein paar freie Tage oder hätten Sie auch Rentenarbeiter? Ich weiß es nicht. (Heiterkeit.)

Frhr. v. Stumm (AB.): Ich habe dem Staatssekretär zu erwidern: Auch ich weiß genau, was ich im Reichstage zu sagen habe.

Staatssekretär Hollmann: Je strenger wir gegen politische Agitationen vorgehen, um so gerechter werden wir gegen alle die Arbeiter sein, die gegen die Werft in ihrem Arbeitsverhältnis ihre volle Schuldigkeit thun, ganz unbekümmert, welche politische Gesinnung diese Leute haben.

Möjike (wildlib.): Ueber Terrorismus der Sozialdemokraten werde ich mich mit Herrn Nuer bei anderer Gelegenheit noch weiter unterhalten. Redensarten habe ich nicht gemacht. Ich stehe natürlich als Arbeitgeber auf ganz anderem Standpunkte als Herr v. Stumm. Ich kann nicht einsehen, weshalb man die Sozialdemokraten anders behandeln soll, wie andere gesinnte Arbeiter, solange die sozialdemokratischen Arbeiter ihren staatsbürgerlichen Pflichten nachkommen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Der Titel wird bewilligt.

Ohne jegliche Debatte wird hierauf der Rest des Ordinarius erledigt.

Ohne Diskussion werden schließlich auch noch mehrere residierende kleinere Etats, wie des Reichshofrathes, der bairischen Divoten, des Etatsgesetzes etc. erledigt.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden die Beamtenbefolgungsvorlagen bis zur Berathung des zu erwartenden Nachtagsesatz zurückgestellt.

Die Petitionen zum Reichshaushaltsetat geben zu keiner Debatte Anlaß; sie werden für erledigt erklärt.

Damit ist die zweite Berathung des Etats und zugleich die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag, 26. März, 1 Uhr. Dritte Berathung des Etats.
Schluß 6 Uhr.

Liibeck und Nachbargebiete.

25. März.
Die „Sozialdemokratische Ohnmacht in ihrer ganzen Größe“ soll sich nach dem sachverständigen Urtheil der „E.Z.“ in dem Beschlusse des Gewerkschaftsartikels offenbaren, die Sperre über Liibeck aufzuheben, auch soll die Sozialdemokratie sich wieder einmal „gründlich blamirt“ haben. Abgesehen davon, daß die Aufhebung der Sperre selbstverständlich Konsequenz der Aufhebung des Streiks war, zu dessen Unterstützung man sie verhängte, ist hierzu nur zu bemerken, daß an dieser „Blamage“ die Sozialdemokratie ebensowenig zu Grunde gehen wird, als an den bisherigen angeblichen „Blamagen.“ Sie hat ein viel zu zähes Leben, und wird noch munter gegehen, wenn vielleicht die „E.Z.“ längt das Zeitliche geegnet hat.

Einem wahrhaft Lagenkammerlichen Witz leistet sich die „E.Z.“ in einer Kritik unserer Post-Kostum-Betrachtung. Abgesehen davon, daß sie in angeborener Ignoranz unsern Worten einen ganz anderen Sinn unterlegt, — sie für jeden halbwegs geistig normalen Menschen kann galoppirt sie noch — veranlaßt durch unsere Bemerkung über die verblickende Herrlichkeit der herrschenden Klassen — auf Richter'schem Klepper in den Zukunftsstaat. Sie schreibt:

Das ist eben solcher Blödsinn wie die ganze Mär von der Herrlichkeit des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, die doch nur bei Thoren oder bei sozialen Tartaroff's Glauben bezw. Vertretung findet.

Ganz recht! Der „sozialdemokratische Zukunftsstaat“ ist Blödsinn, ausgebrütet in den Köpfen kurzsichtiger Gegner, eine Mär, die nur noch von unehrlichen Antipoden der Sozialdemokratie verbreitet und nur noch von politischen Kindern geglaubt wird. Wir zählen die Eisenbahnzeitungsgrößen nicht zu den ersteren, zu den „sozialen Tartaroff's“, sondern zu der letztgenannten Sorte Menschenkinder.

Für die Versammlung der Bürgerschaft, welche nächsten Montag stattfindet, ist folgende Tagesordnung festgestellt: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Vorschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeinbeanstalten für das Verwaltungsjahr 1897/98. 2. Staatsbudget für 1897/98. 3. Inausfertigung einer Summe bis zu Mk. 150 000 für die Errichtung eines Reiterstandbildes Kaiser Wilhelm I. auf dem Marktplatz. 4. Bewilligung von Mk. 9500 zur Ergänzung des Stellinghove'schen bei Schuppen Nr. 24. 5. Bemessung des Postfahrgeldes für Fahrzeuge der kaiserlichen Marine. 6. Ermäßigung des Hafengeldes für Schiffe, die auf der Fahrt zwischen Nord- und Ostsee hier anlaufen. 7. Aenderungen in den Anstellungs- und Gehaltsverhältnissen der Volksschullehrer. III. Antrag Lauenstein und Genossen, betr. Uebernahme der Kosten der Landschulen durch den Staat.

Bürgerausschuß. Sitzung vom 24. März, 1897. Nach Erledigung einiger Wahlvorschläge wurde in die Berathung der beiden zur Verhandlung stehenden Senatsanträge getreten. Beide Senatsanträge wurden der Bürgerchaft antwortlich zur Mitgenehmigung empfohlen. Der erste forderte: Die Steuerbehörde wird angewiesen, Schiffe, die 1. auf der Fahrt von außerdeutschen Häfen aus der Nordsee nach der Ostsee über oder Travemünde anlaufend Waaren führen, oder 2. auf der Fahrt von der Ostsee durch die Nordsee nach außerdeutschen Häfen über oder Travemünde anlaufend, Waaren einladen, wenn die größten oder eingeladenen Waaren nicht mehr als die Hälfte des Netto-Raumgehaltes des Schiffes umfassen, bis zum 1. April 1900 die Erleichterung bezüglich der Hafengeldentrichtung zu gewähren, indem das Hafengeld, anstatt nach dem Netto-Raumgehalt des Schiffes ausnahmsweise nach dem Kubikinhalt der hier geladenen oder eingeladenen Waaren zur Hebung gelangt. Dabei sind 470 Kilogramm Gewicht der Waaren einem Kubikmeter gleich zu rechnen. Der zweite betraf die Bemessung des Postfahrgeldes für Fahrzeuge der kaiserlichen Marine nach dem Tiefgange der Schiffe und nicht wie bisher nach dem Raumgehalte. Die Steuerbehörde hat sich in ihrer gutachtlichen Äußerung dahin ausgesprochen, daß diese vom Reichsanwalter angeregte Frage finanziell für die Lübedische Staatskasse von untergeordneter Bedeutung ist. — Wieder zur Berathung verlegt wurde alsdann die in der Berathung vom 17. Februar d. Js. zur Vorberathung an eine Kommission verwiesene Senatsvorlage vom 19. Februar d. Js. betreffend Aenderungen in den Anstellungs- und Gehaltsverhältnissen der Volksschullehrer. Die Kommission hat unterm 18. d. Mts. Bericht erstattet und einige Aenderungsanträge gestellt. Im Verlaufe der Berathung zog jedoch Alim Namens der Kommission deren gestellte Aenderungsanträge wieder zurück. In der Gesamtmittagsmitemung beschloß der Bürgerausschuß, die Senatsvorlage mit einer von Senne beantragten und auch angenommenen Aenderung der Bürgerchaft gutachtlich zur Mitgenehmigung zu empfehlen.

Genossenschaftsregister. Am 24. März 1897 ist eingetragen: auf Blatt 43 bei der Firma „Motorboot-Genossenschaft Lübeck“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung: Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. März 1897 aufgelöst. Liquidatoren: Der Vorstand: C. J. Behn, L. E. W. Hartwig, C. H. J. L. Kreplin, J. C. G. Boye, sämmtlich in Lübeck.

Darf bei Geldsendungen durch die Post das Porto gekürzt werden? Diese für den Verkehr nicht unwichtige Frage wird merkwürdigerweise von vielen Geschäftsleuten bejaht, und sie werden in der Nichtigkeit ihrer Ansicht durch bestätigt, daß in den meisten Fällen der Abzug des Portos stillschweigend anerkannt wird. Wie jedoch das Reichsgericht, das sich kürzlich mit dieser Frage zu befassen hatte, entschieden hat, besteht ein solches Recht zum Abzuge des Portos bei Zahlungen nicht, ja es kann sogar nach der Ansicht des höchsten Gerichtshofes ein willkürlicher Abzug des Portos vom Schuldbetrage unter Umständen als strafällig angesehen werden.

Ein- und Ausfuhr im Hafen. In der vergangenen Woche war der Verkehr im Hafen etwas lebhafter als sonst. Es sind im Ganzen 41 Seeschiffe, darunter 25 Dampfer angekommen. 1 Dampfer brachte für die Firma Bernhöft u. Wilde Kohlen von England, 2 Dampfer überbrachten 1643 Kisten grüne Heringe von Schweden. 829 Kisten wurden davon in Schlußup entlastet. Vier Dampfer überbrachten insgesammt 93 Stück Hornvieh und 8 Schweine. 3 Dampfer kamen leer an, um hier zu laden. Die Ladung der übrigen Dampfer bestand meist aus Stückgütern, Getreide und Holz. Unter den angekommenen Seglern befand sich ein Schooner von 339 Kubikmeter Netto-Raumgehalt, der leer von Svendborg eintraf, um Theer nach der Nordsee zu laden und eine mit Lumpen beladene dänische Yacht, die Uebrigen waren sämmtlich nur kleine deutsche Küstensegler, von denen neun mit Ladung, bestehend aus Getreide, Mehl, Käse, Soda, Seife, Seegras etc. und fünf leer einliefen. Ausgegangen sind im Laufe der Woche von hier 35 Seeschiffe, darunter 26 Dampfer und 8 Segler mit Ladung und ein Dampfer leer.

Obdiesse. Ueberfallen wurde in der Nacht zum Dienstag, als er von einer Wirtschaft heimkehrte,

ein auf der Fahrradfabrik beschäftigter junger Mann namens Schmidt. Ihm wurde durch Messerliche so sehr zugelegt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Hamburg. Das Riesendock in Hamburg. Das Dock unser großen Handelsdampfer und Panzer-schiffe, das bisher nur in England vorgekommen werden konnte, wird in Kürze sich auch vor deutschem Wodden vollziehen, da das große Riesendock der Firma Blohm u. Voß in Hamburg, das bei einer Länge von 130 Metern und einer Breite von 36 Metern ein Tragkraft von nicht weniger als 17 500 Tons besitzt, in aller-nächster Zeit seiner Vollendung entgegengeht. Hamburg wird damit die größte aller derartigen bestehenden An-lagen besitzen. Für das Dock ist ein Dockhafen in ge-waltigen Dimensionen südlich von der Werft auf der Etz-insel Kuhwärder hergestellt, der bei gewöhnlichem Hoch-wasser Schiffe von 26 Fuß Tiefgang zum Docken auf-nehmen kann. Das Dock selbst besteht aus sieben ein-zelnen Pontons, die durch die hohen und starken Seiten-lästen zu einem zusammenhängenden System verbunden sind. Jeder Seitenkasten enthält in der Mitte einen Maschinen- und Kesselraum, der die Betriebsmaschinen für die Pumpen, die elektrischen und hydraulischen Ma-schinen usw. aufnimmt. Diese beiden Betriebsdampf-maschinen sind mit Kondensatoren versehen und haben je

700 indizierte Pferdestärken; sie setzen vierzehn Pumpen in Bewegung, die im Stande, das Dock in dreiviertel Stunden leer zu pumpen und somit in dieser Zeit das größte Schiff zu heben. Ein großer Kran besitzt 150 000 Kilogramm Tragkraft bei zwanzig Meter Aus-ladung und ein zweiter eine Tragkraft von 45 000 Kilo-gramm bei 32 Meter Ausladung. Derartige Dimen-sionen sind bisher noch bei keinem Kran zur Anwendung gelangt. Der Kran ist dadurch in den Stand gesetzt, Lasten vom Lande aus selbst über die größten Schiffe hinweg direkt ins Dock zu befördern. Das Dock ist so konstruiert, daß es im Nothfalle oder bei Kriegszeiten nach Brunsbüttel am Eingange des Kaiser Wilhelm-Kanals verlegt werden kann, um dort Schiffe zu docken, die schon schwere Havarie erlitten haben oder einen allzu großen Tiefgang besitzen.

Quittung
Für die Verrechnung:
Durch H. N. von der R. Schnellverfertigung . . . Mt. 2,50
Weitere Gelder nimmt gern entgegen
Die Expedition,
Johannisstraße 50.
Sternschanz-Wichmarkt,
Hamburg, 24. März.
Der Schweinehandel verlief gut.
Zugewinn vor 700 Stück, davon von Porken . . .

vom Süden — Stnd. Preise: Verfaubtschweine schwere 46—48 Mk. leichte 46—48 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 43—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.
Angelommen:
Mittwoch, den 24. März 1897.
Nachmittags
1,25 D. Thor, Madisa, von Ralskov in 8 St.
2,— D. Matra, Schönig, von Hangö in 70 St.
5,— D. Stadt Stralsund, Witschow, von Rostock in 6 St.
5,20 D. Verhl, Cantbell, von Newcastle in 4 Tg.
Donnerstag, den 25. März 1897.
Vormittags.
8,35 S. Maria Analla, Engel, von Wismar in 1 Tg.
Abgegangen:
Mittwoch, den 24. März 1897.
Nachmittags.
12,30 D. Livadia, Wendfeldt, nach Stettin.
3,30 D. Vidar, Fischer, nach Wismar.
5,— D. Windan, Lind, nach Wismar.
7,05 D. J. P. Dillberg, Vergh, nach Kopenhagen.
9,05 D. Afrika, Andersen, nach Hattgö.
Donnerstag, den 25. März 1897.
Vormittags.
7,45 D. Pylla, Thomsen, nach Hensburg.
Kuh- und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr 20
Mittags — 5,95 m
Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Luba ist am 24. März in Pillau angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber-durchaus keine Verantwortung.
Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Zu vermieten ein Logis
für einen Herrn. Hundestr. 8.
Zu vermieten ein freundliches Parterrelogis straßenwärts, an einem Mann oder Mädchen. Wafenitauer 156.

Zu vermieten ein freundl. Logis
Margarethenstr. 1a.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling in die Wäcker-lehre und zu sofort ein Knecht zu leichten häuslichen Arbeiten.
Aug. Groth, Gr. Burgstr. 30.

Gesucht zum 1. April oder 1. Mai 1897 ein Mädchen für leichte häusliche Arbeiten. Zu melden Schwartzauer Allee 131a.

Ein junges Mädchen kann das Waschen und Wäcken erlernen Untertrabe 75, 1. Et.

Zu verkaufen wegen Umzug ein Kinder-wagen, ein Wagen, 50 gelbe Klinter. Augustenstr. 18a.

Wohnhaus Mein Augustenstraße 18a Belegenes zu verkaufen. unter den billigsten Bedingungen P. Sainy.

Billig zu verkaufen eine Leiter von 25 Schritten. Drogelstraße 2a.

Zu verkaufen eine Hobelbank Ludwigstr. 67, 1. Et.

Zu verkaufen ein kleiner Bonnywagen haltend für Händler. Steinrichstr. 7.

Fahrrad, leichte Tourenmaschine, elegant, fast neu. Friedensstr. 21, 1. Et.

Verloren auf dem Produktensland ein Pre-jenning (gez. Heint. Thde). Abzuliefern Emstienstr. 17.

Feine und grobe Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet bei Frau Burmeister, Untertrabe 63.

Für Schuhmacher! Eine fast neue gut nähende Schuhmacher-maschine (deutsches Fabrikat) ist umständehalber billig zu verk., auch gegen ginst. Zahlungsbeding. Nach W. Westendorf, Arminstr. 8c, 1. Et.

Durch Zufall feinste Meiereibutter, Pfd. 1 Mk., sowie frische hiesige Eier, 12 Stück 60 Pfg. empfiehlt Heinr. Wischendorf, Königstr. 88.

Feinste Margarine, per Pfd. 65 Pfg. Feine Margarine, per Pfd. 60 Pfg. Schmalz, per Pfd. 40 Pfg. empfiehlt J. H. Graese, Dornelstraße 5.

Sehr schönen Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg. Corned Beef im Auschnitt Pfd. 60 Pfg. ger. Landmettwurst Pfd. 90 u. 100 Pfg. besten hiesigen Landpfd. Pfd. 65 Pfg. amerik. Speck Pfd. 50 Pfg.

alten Käse Pfd. 25 Pfg. Bruchstücke sehr billig. Käse Pfd. 50, 60 und 70 Pfg. Käse Pfd. 45, 55 und 60 Pfg. weiches Schmalz Pfd. 35 Pfg., kein Fett, sondern garantiert reines Schmalz, empfiehlt J. F. D. Götke, Pflanzstraße 26.

Getr. Calif. Aprikosen, Pfd. 50 Pfg. Getr. Calif. Tafelbirnen, Pfd. 50 Pfg. Amerikanische Ringäpfel, Pfd. 30 Pfg. Amerikanische Schäpfel, Pfd. 25 Pfg. empfiehlt

B. Harms, Untertrabe, Fischergrube-Edc.

Hochfeine Margarine, gebr. Caffee u. Bruch-Caffee, pikanten Holst. Fett-Käse, prima Schmalz und Fett, sämtliche sonstigen Colonial- und Fettwaaren, Spirituosen, Futterstoffe, als Schrot, Reisfuttermehl, Kartoffeln u. s. w.
empfehl billigt
Rud. Kracht, Nageb. Allee 40.

Zur Ergänzung der Bibliotheken empfehlen wir allen Vereinen und Gewerkschaften unsere reichhaltige Auswahl von wissenschaftl. behrenden und unterhaltenden Werken. Unter Anderem heben wir hervor, daß sämtliche bis jetzt erschienenen Bände der Internationalen Bibliothek I. und II. Serie auch einzeln abgegeben werden; ferner, daß das neue, soviel Interesse erweckende Werk:
Die Norwegische Polar-Expedition 1893-96
von Frithjof Nansen
in 36 Lieferungen à 50 Pfg., sowie Die allgemeine Länderkunde der fünf Erdtheile mit vielen Karten und Abbildungen in Holzschnitt und Farbendruck in 10 bis 14 Lieferungen à 1 Mk. durch uns zu beziehen sind.
An Romanen zc. empfehlen wir: Frey Meuter's sämtl. Werke in ganzen Bänden als auch in Heften à 40 Pfg.; ferner G. Zola's Ro-mane Serie in Bänden und in Heften, und vieles Andere mehr.
Friedr. Meyer & Co., Buchhandlung, Johannisstraße 50.

Die Buchdruckerei
von **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50
empfiehlt sich zur
Anfertigung von Drucksachen
aller Art
in sauberster Ausführung.

Die Schweinefleischerei
von **W. Strohheldt**
73 Glockengießerstraße 73
empfiehlt:
Frische Fleischn, Pfd. 50 Pfg.
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pfg.
Farbenaes . . . Pfd. 60 Pfg.
Quenleisch . . . Pfd. 50 Pfg.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pfg.
Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pfg.
Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pfg.
Geräucherter Speck Pfd. 60 Pfg.
Geschichte Mettwurst Pfd. 60 Pfg.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.

Reines **Flohen-Schmalz**
Pfd. 60 und 70 Pfg.
Braten-Schmalz
Pfd. 30 Pfg.
empfiehlt **Aug. Scheere,**
Holsenstr. 17, Holsenstr. 17.
Billige Bezugsquelle für Hüte, Mützen und Schirme, Confermanden-Hüte von Mk. 1,25 an.
J. Gumpel-Fürst.

Die Geschäftsräume der Orts-krankenasse, Hebe- und Melde-stelle und Gefinckrankenasse befinden sich vom Montag den 29. März d. Ja. ab Mengstraße Nr. 28.

Die Verwaltung.
Wegen Umzuges nach der Mengstraße Nr. 28 bleiben die Geschäftsräume der Ortskranken-asse, Hebe- und Meldestelle und Gefinckrankenasse am Sonnabend den 27. d. M. ge-schlossen.
Die Verwaltung.

Bruch-Caffee
gebrannt, von guten Sorten abgeleibt
pr. Pfg. 70 u. 80 Pfg. extralein 90 Pfg.
Java-Bruch
pr. Pfd. 1 Mk.
Caffee-Rösterei Holstenstraße 10.

Neu eröffnet!
Einzelne Möbel
als:
Bettstellen, Waschkommoden, Nachtschränke, Kleiderschränke, Kommoden, Vertikows, Sophas, Tische und Stühle etc., sowie complete einfache Schlaf- und Wohnstubeneinrichtungen als **Spezialität** zu Fabrikpreisen in großer Auswahl kauft man am besten und billigsten
I Marlesgrube I
Spezial-Möbelgeschäft, F. A. Hartmann, NB. Größere Hotel- und Pensions-Einrichtungen werden zu sofort geliefert.

Stadt Stockholm
Damen-Kapelle.

Tonhalle.
Jeden Abend:
Auftreten
des unübertrefflichen ungarischen Geigenkönigs Hrn. Dorös Hegedüs.
Derelbe spielt jegliches Konzilkt sofort ohne Noten nach. Entree frei.
C. Schlichting.

Stadttheater in Lübed.
Freitag den 26. März
112. Abonnements-Vorst. 4. Abth. Blau.
Freitag-Abonnement Nr. 18.
(Bestes Freitag-Abonnement.)
Gastspiel von Fel. Ingeborg Waldow von Sonderhausen.
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
C A R M E N.
Sonnabend den 27. März
111. Abonnements-Vorst. 3. Abthl.: Bla.
Extra-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
(Marquet 2 Mk. zc.)
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Der Raub der Cadinerrinnen.

Regiebetrieb oder Privatunternehmen?

Es hat lange Zeit als unbestrittener Grundsatz kommunaler Politik gegolten, daß die Stadt sich mit geschäftlichen Unternehmungen möglichst wenig befassen müsse. Es lag dem die Verehrung für die freie Konkurrenz und die Wirkung des Selbstinteresses beim Privatunternehmer zu Grunde. Die traurigen Erfahrungen, die viele Städte mit dem Gasmonopol von Privaten und mit privaten Pferdebahn-Gesellschaften gemacht haben und noch machen, werden diese blinde Verehrung wohl gründlich beseitigen.

Vom Standpunkt des Arbeiters macht sich dagegen oft eine unbedingte Vorliebe für Betriebe in städtischer Regie geltend, die bisweilen auch den praktischen Boden verläßt. Man sieht, wie sehr Pferdebahn- und Omnibusgesellschaften ihre Angestellten ausnutzen und übermäßig anstrengen — nun glaubt man, dem sei sofort begegnet, wenn die Stadt selbst solche Betriebe übernehme und zu Musteranstalten in der Behandlung der Arbeiter ausbilde. Trotzdem nicht alle städtischen Arbeiter sich bester Behandlung erfreuen, ist ja sicher, daß die öffentliche Meinung auf die Behandlung städtischer Angestellter einen größeren Einfluß hat als auf die von Privatbetrieben. Allein dies hängt doch sehr davon ab, wie weit die städtische Verwaltung und die Stadtvertretung an Arbeiterfreundlichen Forderungen zu ändern in der Lage sind. Sind sie das aber, so können sie ihren Einfluß auch bei den von ihnen abhängigen Privatbetrieben geltend machen, wie dies vielfach geschieht. So ist es mit Privatunternehmern, in die Submissionsbedingungen städtischer Bauten, und ähnliches können Bestimmungen über Lohnhöhe, Arbeitszeit u. a. aufgenommen werden. Solche sozialpolitischen Forderungen können auch bei der Vergabe städtischer Unternehmungen an Private gewahrt bleiben.

Die Einrichtung eines städtischen Regiebetriebes muß vor allem von dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß die allgemeinen städtischen Interessen gewahrt werden und daß die Sache peluniar einträglich sei. Das erstere wird bei eigener Regie unzweifelhaft mehr geschehen. Da die Mitglieder städtischer Behörden und Vertretungen nur zu oft selbst Aktionäre oder Angestellte der Gesellschaften sind, mit denen sie als Vertreter der Stadt Verträge schließen, so muß fortwährend ihr Privatinteresse mit dem städtischen Interesse in Streit gerathen. Dies würde bei städtischer Regie wegfallen. Allein bei den sozialpolitischen Forderungen würde auch hier eine Aenderung der städtischen Vertretung dieselben Dienste thun. Und sie bahnt sich ja auch an, da man in immer weiteren Kreisen einseht, welche skandalöse Zustände man bisher friedlich auf diesem Gebiete geduldet hat.

So bleibt als entscheidende Frage in jedem einzelnen Falle die, ob die Stadt den oder jenen Betrieb mit Vortheil in eigene Verwaltung nehmen kann. Da ist es nun ein sehr durchsichtiger Vorwand, wenn man sagt, einer bürokratischen städtischen Behörde fehle die technische Sachkenntnis und die kaufmännische Gewandtheit eines Privatunternehmers. Betriebe, um die es sich hier handelt, sind so groß — Gasanstalten, Bahnen, elektrische

Zentralen —, daß sie fast stets von Aktien-Gesellschaften unternommen werden, die genau so einen umständlichen Verwaltungsapparat brauchen, wie ihn die Stadt anwenden müßte. Warum aber sollte die persönliche Initiative der technischen und kaufmännischen Leiter nicht ebenso groß sein im Dienste einer Stadt, wie einer Aktiengesellschaft, wenn die Staat sie ebenso gut besoldet? Theoretisch läßt sich von da aus gegen eine Ausdehnung der städtischen Regiebetriebe nichts sagen.

Wie haben sie sich nun in der Praxis bewährt? fragt die „Zeit“ und antwortet: Die Wasser- und Gasversorgung hat sich im städtischen Betriebe durchaus bewährt. Welchen Posten die Einnahmen davon gelegentlich ausmachen, zeigt das Beispiel Breslau. Dort betragen die Reineinnahmen aus dem Wasserwerk außer Verzinsung und Abschreibungen: 89,90 986211,70 Mk., 90/91 1319479,75 Mk., 91/92 1538064,86 Mk. Das heißt jährlich etwa 10 pCt. der gesamten Einnahmen der Stadt. Magdeburg vereinnahmte 1895/96 vom Wasserwerk 453636,65 Mk., von der Gasanstalt 650885, Mk., zusammen 15 pCt. der Gesamteinnahmen.

Zu den umstrittensten städtischen Einrichtungen gehören die elektrischen Zentralen. Mehrere große Städte wie Hamburg und Leipzig und ihnen nach Magdeburg haben ihre Errichtung an Private vergeben, weil sie nicht an Nutzen und Rentabilität eines städtischen Betriebes glaubten. Demgegenüber besitzen u. A. folgende Städte elektrische Zentralen in eigener Regie: Barmen, Breslau, Bielefeld, Düsseldorf, Elberfeld, Halle, Hannover, Darmstadt, Lübeck.

Die Ergebnisse sind, soweit sie vorliegen (die Angaben beziehen sich auf den Ertrag nach Abrechnung der Abschreibungen u. s. w.): Breslau 91/92 (1. Jahr des Betriebes) 3 1/2 pCt. des Anlagekapitals, in den ersten 9 Monaten 41820 Mk. Ueberschuß, Kassel 93/94 6,56 pCt. des Anlagekapitals, 94/95 7,74 pCt. des Anlagekapitals, Düsseldorf 94/95 33202 Mk. gleich 8 pCt. des Anlagekapitals, Halle a. S. 94/95 4,83 pCt. des Anlagekapitals, 95/96 5,8 pCt. des Anlagekapitals, Darmstadt 95/96 baar abgeliefert Ueberschuß an die Stadtasse 48709,47 Mk.

Am interessantesten sind die Erfahrungen von Königsberg das ein eigenes Elektrizitätswerk besitzt und eine elektrische Straßenbahn selbst gebaut hat und betreibt. In letzterem Stücke ist sie nächst Barmen die erste deutsche Stadt, der sich Darmstadt anschließen will. Das elektrische Werk lieferte 1895/96 außer der Verzinsung des Kapitals einen Gewinn von 54256,01 Mk., was einer Dividende von 4 pCt. gleichkommt. Die elektrische Straßenbahn wurde im Mai—Juni 1895 auf einer wenig ansichtsvollen Strecke eröffnet. Sie lieferte in den ersten 9 Monaten außer der Verzinsung einen Ueberschuß von 31474,29 Mk., was nach Abzug der reichlichen Abschreibungen immer noch eine Dividende von beinahe 3 pCt. ergibt. Nach diesen Ergebnissen erscheint der städtische Regiebetrieb wie auf dem Gebiete der Wasser- und Gasversorgung, so auch auf dem der Beleuchtung und des Straßenbahnbetriebes durchaus leistungsfähig. Es war daher wohl berechtigt, wenn die Königsberger Stadtverordnetenversammlung schon im Oktober 1895 beschloß,

vorüber, und wir werden sogleich beim Försterhaus angelangt sein.“

„Wald hätte Valerie mit „schon“ geantwortet, aber sie besann sich noch zu rechter Zeit und sagte mit ihrem kindlichen Ton:

„Baron Hans wird Augen machen, wenn er mich jetzt ankommen sieht!“

Alle Angst, all' der überstandene Schrecken lag hinter ihr, sie erinnerte sich nur des süßen Schauers, den sie empfunden.

Er erfaßte wieder ihre Hand und sie gingen weiter in den Wald hinein. Sie glaubte zu bemerken, wie er den Arm hoch über sie erhoben hielt, um sie vor den herabfallenden Ästen zu schützen. Jetzt erblickte sie die roth erleuchteten Fenster der Försterstube. Es schien dort alles in Bewegung zu sein. Und gleich darauf drang aus der geöffneten Thür der Ton verschiedener Stimmen.

„Das ist ja mein Vater!“ rief Valerie ganz entzückt. „O, nun ist alles gut — kommen Sie, Herr Stefan, ich will Sie ihm sogleich vorstellen, er soll Ihnen danken.“

„Erlassen Sie mir das, Fräulein, es würde mich nur in Verlegenheit bringen; übrigens möchte ich mich nicht gerne aufhalten, ein Freund erwartet mich; aber sehen möchte ich noch mal das Mädchen, das ich in meinen Arm getragen!“

Stefan zog sie bei diesen Worten rasch in den Lichtkreis des Fensters und blickte einen Augenblick in das schöne, liebliche, aber fassungslose Antlitz des jungen Mädchens.

„Leben Sie wohl!“ sagte er dann mit einem fröhlichen Nicken, und nachdem er die kleine Hand nochmals in ziemlich derber Weise gedrückt, war er mit einem Sprung in dem nahen Gebüsch und ihren Augen entschwunden.

„es sei nicht an der Zeit, den Betrieb elektrischer Straßenbahnen an Privatunternehmer zu vergeben und demgemäß den städtischen Behörden die fernere Erwägung empfahl, welche Straßen im städtischen Interesse und in dem der Bewohner einzelner Stadttheile mit Bahnen in eigener Regie zu belegen seien.“

Gerade der letzte Punkt verdient besondere Beachtung. Der städtische Straßenbahnbetrieb kann zu einer bedeutenden, segensreichen mittelstädtischen Wohnungspositiv werden.

Soziales und Partei-Leben.

Aus der Pfalz. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Stegmüller rei im Großen. Den pfälzischen Genossen war es bei den Gemeinderathswahlen 1894 gelungen, eine Reihe von Sitzen in den Gemeindevertretungen zu erobern und man knüpfte daran große Erwartungen. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Kaum waren die „Genossen“ gewählt, da hatten sie das meiste vergessen, wozu sie gewählt worden waren. Namentlich der in seiner übergroßen Mehrheit aus „Sozialdemokraten“ bestehende Stadtrath von Lambrecht hat in den zwei Jahren seines Bestehens in einer Art und Weise den sozialistischen Prinzipien widersprochen, wie es wohl noch nicht dagewesen sein dürfte. 1895 haben diese Meister der Stegmüllerrei mit 11 gegen 10 Stimmen der alten Kastenliste das Ehrenbürgerrecht verliehen. In der verfloffenen Woche hat derselbe Stadtrath 100 Mark zur Rentenarfeier bewilligt. Dieser Beschluß ist um so befremdender, als zur gleichen Zeit ein Antrag auf Errichtung einer weiteren Schulkasse abgelehnt wurde, obwohl ein ultramontanes Mitglied geäußert hatte, die 100 Mark wären für die Schule besser angewandt. Von welchem kleinem Geiste sich diese angeblichen „Sozialdemokraten“ leiten lassen, beweist ihr Beschluß, die sog. Hinterzassen, d. h. die Leute, die nicht Ortsbürger sind, aus dem Walde zu vertreiben und zu bestrafen, wenn sie in dem Gemeinewald Holz oder Streu lesend angetroffen würden. Die Arbeiter werden sich diese Vorfälle zur Warnung dienen lassen und bei der nächsten Wahl ihre Kandidaten auf Herz und Nieren prüfen und nicht die nächsten besten Schönschwäger und Stegmüller nehmen.“

Einen skotten Handel mit Menschen hat ein Herr Riebenstahl in Berlin, Große Hamburger Straße 16, organisiert. Er versendet an die deutschen Ziegeleien eine gedruckte Postkarte folgenden Wortlauts:

„Hierdurch mache ich Sie ergeblich darauf aufmerksam, daß ich zu jeder Zeit im Stande bin, Ihnen kräftige Ziegeleiarbeiter sowie tüchtige Streicher, Abtragsjungen, Pferdebesetzer zu mäßigen Löhnen und unter billigen Bedingungen zu senden. Achtungsvoll Riebenstahl, Vermittlungsbureau für Ziegeleiarbeiter und ländliche Dienstboten.“

Im gelobten Lande der Sozialreform denkt kein Mensch daran, diesen Menschenhändler zu verbieten. Die auch „nothleidenden“ Ziegeleibesitzer kämen ja sonst um ihre billigen Ausbeutungsobjekte.

Aus Kattowitz wurde über den Bergarbeiterstreik am Dienstag gemeldet: Auf der Wolfganggrube ist die Belegschaft heute fast vollständig erschienen. Der Vergewaltiger Nuchten verhandelte mit den Schleppern

Sie lehnte sich an das Fenster, wie ermattet, und sah in dem Dunkel ihm nach. „Das war also Stefan!“

Im Hause wurden abermals Stimmen laut. Sie hörte, wie ihr Vater und Hans einen dritten drängten, sich zu beilen, und wie dieser, wahrscheinlich ein Knecht, gleichmüthig antwortete: „Ich kann nicht g'schwinder, die fatrische Latern' will nicht brennen.“ Jetzt trat ihr Vater vor das Haus und Hans folgte ihm.

„Wenn wir das arme, gute Kind nur noch an Ort und Stelle finden,“ jammerte Tiefenbach.

„Ich weiß es nicht,“ klagte Hans. Ich hatte ihr versprochen, sogleich zurück zu sein, und nun ist mit all' diesen Vorbereitungen eine so lange Zeit verstrichen.“

„Papa, da bin ich!“ rief jetzt Valerie und sprang ihrem Vater entgegen und fiel ihm um den Hals.

„Kind, Gott sei Dank, da bist Du ja, aber — Du kamst doch nicht allein?“

„Ganz allein, Papa.“

„Herrgott, Du unvorsichtiges Kind!“

„Fräulein Valerie,“ rief Hans ganz entsetzt, „das war Tollkühnheit!“

Jetzt erschien auch der General auf der Schwelle. Er war mit dem Hauptmann nach dem Försterhause gekommen, um hier vor dem Unwetter Schutz zu suchen, sie waren mit Hans fast gleichzeitig eingetroffen. „Bravo, Kleine!“ rief er. „Das Mädchen lob ich mir, das ist ein echtes Soldatenkind!“

Einige Tage später war Hauptmann Tiefenbach und Gemahlin nach Hohenwang zum Diner geladen. Für den Abend war eine Whistpartie verabredet. Valerie war allein zu Hause. Sie saß am Fenster und sah auf die Straße. Sie langweilte sich. Auf der Straße gab es auch garnichts zu sehen; während der heißen Tageszeit wagte sich schier Niemand aus den Häusern. Sie fand,

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(26. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Wind hatte, während sie schwebend gehalten wurde, fast ganz nachgelassen. Sie hatten ihn bisher im Rücken und von der Seite gehabt. Jetzt aber fuhr ein jäher Stoß, vom Norden kommend, pfeifend und brausend gegen sie an. Der Wind hatte sich gewendet, er blies ihnen nun gerade entgegen. Der junge Mann wankte unter dieser heftigen, unerwarteten Verführung. Aber schon ward sie von seinen kräftigen Armen emporgezogen, und in ihrer Angst legte sie die ihren um seinen Hals.

Valerie bemerkte sogleich, daß dies eine Erleichterung für ihn war, aber es galt trotzdem einen harten Strauß. Jeder Schritt mußte dem rauhen, ungestümen Gesellen, der sich mit aller Macht ihnen entgegenstellte, abgerungen werden. Valerie empfand gleichwohl keine Besorgniß, alle Furcht war von ihr gewichen, fest hielt sie den unendlichen Hals umschlungen, und es erfaßte sie wie ein süßer Schwindel, eine Empfindung von Wärme, die sie nie gehabt.

Stefan leuchte, aber allmählich wurden seine Schritte schneller, behender, und jetzt waren sie unter den Bäumen, und nach einigen weiteren Schritten hatten sie den See im Rücken. Er hielt jetzt an und Valerie verspürte festen Boden unter ihren Füßen.

„Ueberstanden!“ jubelte Valerie laut. „Glücklich und hne jeden Unfall haben Sie mich herüber gebracht, aber jährlich nicht ohne Mühe; o, ich danke Ihnen recht herzlich.“

„Ich freue mich ja selbst darüber, daß es mir so gut gelungen, es war gefährlicher, als ich dachte, und wenn er Wind nicht gerade während der gefährlichsten Passage ruhig verhalten, so weiß ich nicht —, aber jetzt ist's

und Arbeitern und wollte, daß die Arbeiter in die Grube einfahren, um dann mit ihnen über die Lohnbedingungen in der Grube zu verhandeln. Die Arbeiter lehnten diese Forderung ab und zogen dann ruhig nach Hause.

Dresden. Die Würtcher sämtlicher hiesiger Fabrikfabriken haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

— Folgendes vertrauliche Rundschreiben ist seitens der Schuhfabrikanten in Offenbach, deren Arbeiter sich im Streik befinden, versendet worden.

Offenbach a. M. u. Oberrad, den 18. März 1897.

Vertraulich

P. P.

Wir bitten wohl aus den Berichten der Fachblätter bekannt sein dürfte, haben unsere Arbeiter zum großen Theile die Arbeit in unseren Fabriken eingestellt, nachdem wir nicht in der Lage waren, deren Forderungen: „Neunhundentag, Journaturentgelt und bedeutende Lohnerhöhung“ zu erfüllen. Da diese Forderungen auf dem in Kassel stattgehabten Schuhmacher-Kongress beschlossen worden sind, um in ganz Deutschland durchgesetzt zu werden, dürfte es im eigenen Interesse unserer gesammten Kollegen liegen, uns in diesem uns aufgebrungenen Kampfe nach Möglichkeit zu unterstützen.

Wir richten deshalb die Bitte an Sie, während der Dauer des Ausstandes keinen Arbeiter bezw. Arbeiterin ohne Entlassungsschein einzustellen, und wenn aus diesem Schein ersichtlich, daß der Vorgezeigte derselben bei ausständigen Arbeitern angehört, ihn überhaupt nicht anzunehmen.

Wir danken Ihnen im voraus für Ihr Entgegenkommen und versichern Sie im gegebenen Falle eines gleichen Verfahrens unsererseits

Hochachtungsvoll

Die vereinigten Schuhwaarenfabrikanten:
Brennig u. Collin, H. Schardt u. Co., S. Schühof u. Söhne, Dreischeld u. Galberstadt, E. Schenker u. Behrens, F. Strauß u. Co., Walkerstein u. Piebermann.

In ganz dreifacher Weise verstoßen die Unterzeichner durch dieses Rundschreiben gegen das Gesetz, denn § 113 der Gewerbeordnung lautet:

„Den Arbeitgeber ist es unterlagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.“

Man wird ja sehen, ob der Staatsanwalt gegen die Unterzeichner vorgeht.

Aus Klausenburg in Ungarn berichtet die „Frankf. Zeitung“: Etwa 900 Arbeiterinnen der hiesigen Tabakfabrik traten in Streik ein und zwangen auch die übrigen Arbeiter zur Einstellung ihrer Thätigkeit. Zahlreiche Abtheilungen der Fabrik wurden arg verwüstet. Der Polizei gelang es jedoch, die Ruhe wieder herzustellen. Die Arbeiterinnen verlangen Herabsetzung der Steuern. (In Ungarn ist die Tabakfabrikation wie in Oesterreich Monopol des Staates. Demgemäß sind dem Fiskus die Löhne der Tabakarbeiter genau bekannt, weshalb diese vermutlich mehr Steuern leisten müssen, als die Arbeiter der Privatindustrie, deren Löhne von den Steuerbehörden nicht mit derselben Zuverlässigkeit ermittelt werden können.)

Aus Nah und Fern.

Aus einer Kaiserrede, gehalten anlässlich der Centenaryfeier: „Es ist nicht Meines Amtes, hier Meines großen Vorfahrens, Meines Herrn Großvaters Verdienste zu feiern. Was wir eben erlebt und wie unser Volk sich benommen, wie lebendig all sein Wirken, wie lebendig die gesammte Persönlichkeit des Verewigten vor Aller Augen steht. Ich denke, sein Geist schreitet heute durch sein Volk hindurch und gewiß hat er heute Nacht bei seinen Fahnen einen Besuch gemacht.“

Die nachfolgende „romantische“ Geschichte wird uns aus Lissa (Posen) gemeldet: In die siebenzehnjährige

daß Seekirchen das langweiligste Nest auf der Welt sei, Lindau erschien ihr viel hübscher, und namentlich viel interessanter, schon des Oankels wegen, und sie dachte nur mit einem Seufzer daran, daß ihr jeder weitere Besuch bei ihm streng verboten war. Mama war entseztlich aufgebracht gegen den Oankel, sie hatte es mit allen Eiben geschworen, daß weder sie noch Valerie jemals wieder einen Fuß über die Schwelle dieses Snyifers setzen sollten, und selbst Papa sprach nicht in sehr freundlichen Ausdrücken von ihm, und er hatte Valerie ernstlich gewarnt, ihre Schritte gegen Lindau zu wenden. Der Weg dahin wäre allzu gefährlich, Valerie mußte heimlich lächeln, als sie jetzt wieder daran dachte. Gefährlich war er allerdings, dieser Weg und was würden ihre Eltern erst gesagt haben, wenn sie alles gewußt, wenn Valerie ihre Abenteuer eingestanden? Aber sie hatte sich wohl gehütet, und sie wünschte nichts lebhafter, als daß dies Zusammentreffen im Walde für immer ein Geheimniß bleibe zwischen ihr und ihm. Und wieder trat das schöne Bild des blonden Seraphs vor ihre Seele, und sie schloß die Augen, um es sich deutlich und deutlicher zu vergegenwärtigen. Ihr schönes Köpchen beugte sich etwas zurück, die schwellenden Lippen öffneten sich leicht. Sie lächelte. So sah sie lange, einem ihr bisher unbekanntem, träumerischen Entzücken hingegeben. Dann warf sie sich in ihrem Fauteuil, wie von einem plötzlichen Gedanken beunruhigt, auf die andere Seite. Wird er aber gleichfalls schweigen? fragte sie sich, wird er das Geheimniß bewahren?

Warum sollte er es? Sie hatte ihn ja nicht einmal darum gebeten. Vielleicht hat er es schon verrathen, vielleicht hat er dem Professor bereits alles erzählt, sich mit seiner Heldenthat gebrüstet, und Wüst konnte dann heute oder morgen hierher kommen, in seiner burlesken Weise davon plaudern, er würde darüber spötteln und scherzen und es wäre dann viel, viel ärger, als wenn sie alles gleich selbst gestanden hätte. Sie schlug vor

Tochter der Schankelbäcker Poser waren der achtzehnjährige Tischlerlehrling Emil Thelote und dessen Freund, der Destillatenlehrling Alfred Grentlich, verlobt. Da keiner von beiden zurücktreten wollte, beschloßen sie, durch das Loos eine Entscheidung herbeizuführen. In Gegenwart des Mädchens zog Thelote das mit „Mein“ bezeichnete Loos, worauf er sich in Begleitung des Bruders der Poser entfernte. Auf dem Neuen Ringe verabschiedete er sich von ihm und bat ihn, die Bertha zu grüßen und ihr ein herzliches Lebewohl zu sagen. Dann ging er nach Hause, schrieb einen Brief an seine Mutter und ließ sich Abends gegen 11 Uhr von einem Eisenbahnzuge überfahren. Er wurde bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

In Folge Infektion durch ein rothkrankes Pferd erkrankte der Hofschlächter Namsch in Grünberg in Schlesien und starb wenige Tage darauf an der Rothkrankheit.

Ein grauenvoller Mord ist am Sonnabend in der Nähe von Emmendingen vollführt worden. Der Mauerpoller Egle gerieth in einem Wohnhaus mit dem verheirateten Landwirth Beck in Streit. Als die Gesellschaft Nachts gegen 11 Uhr aufbrach, äußerte Beck zu Egle: „Ich krieg Dich doch noch, am Ende heute Nacht im Walde.“ Auf der Hälfte des Waldwegs blieb Egle einen Augenblick stehen. Beck gesellte sich zu ihm, während die übrige Gesellschaft weiter ging. Kurz vor dem Heimathsdorf holte Beck die Uebrigen wieder ein und sagte zu seinen Kameraden: „s war gut für den Egle, daß er mir durchgegangen und in den Wald gestürzt ist, sonst hätte ich ihn mit diesem Messer erstochen.“ Am nächsten Morgen fand man die Leiche Egle's im Walde. Der Tod muß sofort durch einen Stich in's Herz erfolgt sein. Beck leugnet entschieden.

Abgefähte Schwindler. In ganz Deutschland wie übrigens auch in anderen europäischen Ländern kennt man die Mannschaften jener spanischen Schwindlerbände, die unter dem Vorgeben der Hebung eines vergrabenen Kriegsschatzes von denen, die nicht alle werden, einige Hundert Mark Reisegeld herauszuschwindeln suchen. Die Schwindelbriefe werden gewöhnlich von einem angeblichen General Don Carlos Espinosa de los Monteros unterzeichnet, der wegen eines politischen Verbrechens im Gefängniß sitzt. Die Schatzheberin ist die Tochter des Generals, der es aber an Reisegeld fehlt. Der Schatz selber soll angeblich in der Nähe des Wohnortes des Briefempfängers vergraben sein. Von diesem verlangt man die Einsendung des Fahrgeldes, wofür ihm der dritte Theil des Schatzes, einige Hunderttausend Mark, versprochen werden. Gehört er auf diesen Reim ein und schickt das Reisegeld, so läßt natürlich der General Don Carlos Espinosa de los Monteros nichts mehr von sich hören, geschweige denn, daß sich die Schatzheberin blicken ließe. Die spanische Polizei macht schon seit Langem auf diese Schwindler Jagd, aber immer vergeblich, da sie alle Augenblicke ihren Wohnort verändern und mit soviel Zwischenträgern arbeiten, daß man die wirklich Schuldigen niemals erwischen konnte, sondern immer nur ihre Werkzeuge, denen nichts nachzuweisen war. Jetzt endlich wurden die Haupter der Bande in ihrer Wohnung in der Calle de Urgel zu Barcelona abgefäht. Sie heißen Francisco Vigo Vidal und Manuel Roco, beide aus Valladolid. Man fand in den Wohnungen der Gauner (denn sie hatten zwei verschiedene Wohnungen) ein ganzes Archiv von Adressen, Stabplänen und dergleichen Handwerkszeug zu ihrem Schwindel. Auch hielten sie genaue Buchführung, aus der erhellt, daß sie allein in diesem Jahre schon 14.000 Pefetas „verdient“ hatten. Ihre Opfer sind

Scham und Aergern beide Hände vor ihr erröthendes Gesicht. Was sollte sie thun! Zehnmal seit diesem ereignisvollen Abend war sie im Begriff gewesen, an Oankel Wüst zu schreiben, ihn um Stillschweigen zu bitten. Aber wie, wenn er doch von nichts gewußt, wie lächerlich hätte sie sich dann gemacht. Nein, nein, das ging erst recht nicht, umso mehr, da sie doch im Innersten eigentlich davon überzeugt war, daß Stefan, ebenso wie sie, das Geheimniß im tiefsten Herzen bewahrte.

Kann man dergleichen denn anderen, Unbetheiligten mittheilen? fragte sie sich immer wieder. Was sie erlebt in Nacht und Sturm, das sollte ewig nur zwischen ihnen bleiben. Es schien ihr wie eine Entweihung, wenn auch nur ein dritter davon gewußt hätte.

Aber dem folgten wieder ernüchternde Reflexionen. Wer weiß, ob der gleiche Vorgang auf Stefan auch denselben Eindruck gemacht. Ihm erschien er vielleicht ganz unbedeutend, und vielleicht hatte er alles schon vergessen! Warum war er denn nicht einmal in dieser Zeit an ihren Fenstern vorübergegangen? Und es war ihr dies zwar nicht völlig klar — aber es schien ihr doch so, daß er gekommen wäre, ja daß er hätte kommen müssen, wenn er sie eben so gerne wiedergesehen hätte, wie sie ihn. Aber er muß doch einmal nach der Stadt gehen, er kann doch nicht ewig in Lindau bleiben, und da es nur eine Straße in Seekirchen giebt, so muß er hier durch, folgerete sie und da ich jetzt immer am Fenster sitze — folgerete sie weiter — so werde ich ihn bemerken.

Da hallten Schritte, es ging jemand über die Straße. Obwohl dieses sehr plumpe Auftreten durchaus keinen Seraph verkündete, sah Valerie dennoch rasch in die Höhe.

Es war ein alter Bauer, der schwerfällig vorüberhumpelte.

Unmuthig wandte sie den Kopf. „Es giebt in dieser Stadt nur Greise“, sagte sie gereizt. Nach einer Weile seufzte sie abermals auf. Es ist so langweilig jetzt; wie

zumeist Franzosen und Italiener. Deutsche haben sich vor ihnen nur in geringer Zahl beschwindeln lassen.

Stoffe für Bauern Dramen. Aus Ungarisch-Grabisch wird der „Neuen Freien Presse“ berichtet: In dem nahe Orte Krunowitz ereignete sich eine Vielertragödie, die in der Umgebung das lebhafteste Aufsehen hervorrief. Die 17jährige Tochter des begüterten israelitischen Desonomen Kohn unterhielt hinter dem Rücken ihrer Eltern ein Liebesverhältniß mit einem Bauernburthen. Vor einiger Zeit wurde sie mit einem jungen, dem elterlichen Hause nahestandenden Manne verlobt, und als sie sah, daß es nun zur Lösung des geheim gehaltenen Liebesverhältnisses kommen müsse, sagte sie den Entschluß, mit dem Geliebten gemeinsam zu sterben. Das Mädchen kaufte in der Stadt einen Revolver und begab sich mit dem Bauernburthen auf den Dachboden des elterlichen Hauses. Um 7 Uhr vernahm man eine Detonation. Die Angehörigen des Mädchens eilten auf den Dachboden und fanden dort die Tochter schwer verletzt auf. Der Bauernburthen war eben im Begriffe, sich eine Kugel in den Kopf zu feuern; er wurde jedoch hieran noch rechtzeitig gehindert. An dem Aufkommen des Mädchens wird gezwifelt. — Aus Neß in Niederösterreich wird ebenfalls vom 17. d. M. geschrieben: Ein Aufsehen erregender Vorfall bildet hier und in der Umgebung das Tagesgespräch. Der 24jährige Sohn eines wohlhabenden Mannes in einem nahe Dorfe bewarb sich seit längerer Zeit um die Gunst eines Mädchens, welches bei einem Wirtschaftsbefitzer im selben Dorfe bedienstet war. Da aber das Mädchen die Bewerbungen des jungen Mannes abweis, verbreitete derselbe, das Mädchen habe mit ihrem Dienstherrn ein intimes Verhältniß unterhalten, dessen Folgen demnächst zu Tage treten würden. Das Mädchen habe ihm dies selbst mitgetheilt und könne ihn daher nicht heirathen. Auf Anregung des Dienstgebers verklagte das Dienstmädchen den jungen Mann wegen Ehrenbeleidigung beim Bezirksgerichte in Eggenburg. Bei der am 9. d. M. abgehaltenen Gerichtsverhandlung legte der junge Mann einen Eid ab, daß ihm das Mädchen die Beziehungen zu ihrem Dienstherrn selbst eingestanden habe. Das Mädchen rief ihm hierauf zu: „Du bist ein schlechter Kerl, du hast falsch geschworen.“ Auch die bei der Verhandlung anwesenden Zeugen überhäufte den jungen Mann mit heftigen Vorwürfen. Derselbe blieb seit jenem Tage fern vom Dorfe und von seinen Eltern, nachdem er erklärt hatte, er werde sich das Leben nehmen. Heute Nachmittags wurde er in einem Garten bei Köchlyz erhenkt aufgefunden. In einem hinterlassenen Briefe bittet er das Mädchen um Verzeihung wegen Kränkung und erklärt, daß er seine Sünde mit dem Tode gebüßt habe.

Nach zweijähriger Haft ist Oskar Wilde, der englische Dichter, dessen Standal-Prozess seiner Zeit so nachhaltiges Aufsehen erregte, aus dem Buchtbanne entlassen worden. Eine Anzahl von Freunden erwartete ihn, die zu ihrer Befriedigung konstatierten konnten, daß der sündige Dichter nicht allzu sehr herabgekommen war. In der letzten Zeit waren ihm schwere physische Arbeiten erspart worden; statt dessen konnte er dem Direktor der Strafanstalt als Sekretär dienen, Wilde will nach dem Auslande gehen und dort die Romane, die er während seiner Haft entworfen hat, vollenden. Der Verleger Walter hat ihm eine hohe Summe für ein Buch geboten, in dem er seine Erlebnisse in der Gefangenschaft schildern soll. Wilde will aber nichts davon wissen, weil ihm daran gelegen ist, das Vergangene möglichst in Vergessenheit zu bringen.

interessant, wie aufregend war hingegen jener Abend. Und Gedanke reifte sich an Gedanke, und sie fing den schönen Traum wieder von vorne an.

Nach einer Weile fuhr sie abermals in die Höhe. Wieder hatte sie Schritte vernommen, die vom Plage herauf hallten. Es war ein altes Weib. Schon wollte sie abermals verächtlich den Kopf zurückwerfen, als ihr der eigentliche Gang des Witterchens auffiel. Es war ein Hüpfen, stetig unterbrochen, es war, als wäre es dabei aus seinen Schuhen herausgekommen, und müsse sich erst wieder in dieselben hineinfinden. Unwillkürlich fiel ihr dabei die Hand ein, und jetzt, als diese Gestalt näher kam, war es ihr, als wäre sie es wirklich; aber in welchem Anzuge! Die feine, zarte Gestalt der Handl ging in dem unsfröhmlichen Gewande ganz verloren. Sie trug einen langen Rock, der den Boden berührte, und eine unendlich weite Schürze, die rückwärts übereinanderschlug; eine dicke, braune Flanelljoppe legte sich um den kleinen Körper in alle möglichen Falten und gab ihm ein wahrhaft verkrüppeltes Aussehen. Die Ärmel waren umgeschlagen und doch waren sie noch immer viel zu lang und hingen in einer nichts weniger als anmuthigen Weise über die Hand. Ein blaues Kopftuch war nach rückwärts geschlagen und über dieses noch ein großes, braunes Tuch unter dem Kinn gebunden; daß nachartig über die Stirne hing, so daß unter diesen Hüllen das schmale Kindergeichtchen kaum hervor sah.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieß) Verlag ist soeben das 24. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor:

Ein Fests der Monarchie. — Probleme des Sozialismus. Von Eduard Bernstein. — Sozialistische Stimmen über die Frauenfrage. Von Clara Zetkin. — Soziale Verhältnisse im Deutschen Reich. Von Oscar Beck. — Revue der Revuen. — Litterarisches Rundschau. — Notizen: Die Schulbücher. Aktiengesellschaften in der Schweiz.